

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.30 RM.
Quartalspreis 3.90 RM.
Halbjahrspreis 7.20 RM.
Jahrespreis 13.50 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-

Ercheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 25. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolgreiche Kämpfe bei Brest-Litowsk.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. August 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Während ihres gestrigen Besuchs vor Zebrügge gab die englische Flotte etwa 60 bis 70 Schuß auf unsere Küstenbefestigungen ab. Wir hatten durch diese Beschießung den Verlust von 1 Toten und 6 Verwundeten zu beklagen, außerdem wurden durch zu weit gehende Geschosse noch drei belgische Einwohner verletzt. Sachschaden ist nicht angerichtet.

In den Vogesen nördlich von Münster ruhte tagsüber der Kampf; am Abend griffen die Franzosen abermals unsere Stellungen am Barrenkopf und nördlich davon an. Die Angriffe sind zurückgeschlagen, eingedrungene schwache Teile des Feindes aus unseren Stellungen geworfen, einige Alpenjäger gefangen genommen. — Bei den gestern gemeldeten Kämpfen ist ein Grabenstück am Barrenkopf in Feindeshand geblieben.

Bei Loos (südwestlich Dismuden) wurde vorgestern ein französischer Doppeldecker durch einen unserer Kampfflieger abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Nördlich des Njemen keine Veränderungen.

Auf der übrigen Front der Heeresgruppe wurden Fortschritte gemacht.

Bei den Kämpfen östlich und südlich von Rowo nahmen unsere Truppen 9 Offiziere, 2600 Mann gefangen und erbeuteten 8 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf den Höhen nordöstlich von Kleszczele und im Waldgebiet südöstlich dieses Ortes wurde der Gegner gestern von unseren Truppen erneut geworfen. Die Verfolgung nähert sich dem Bialowieska-Forest. Der Feind verlor über 4500 Mann an Gefangenen und 9 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Vor dem Angriff der über die Pulwa und den Bug östlich der Pulwa-Mündung vorgehenden deutschen

und österreichisch-ungarischen Truppen räumte der Feind seine Stellungen; die Verfolgung ist im Gange.

Auf der Südwestfront von Brest-Litowsk wurden die Höhen bei Kobytow gestürmt.

Unsere durch das Sumpfbereich nordöstlich von Wlodawa vordringenden Truppen verfolgten den gestern geworfenen Feind.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkstabsbericht.

Wien, 24. August. (W. L. B.) Amtlich wird verkündet, den 24. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der nordwestlich Brest-Litowsk Widerstand leistende Feind wurde gestern in der Gegend von Wierschowice und Kiasnoe neuerlich geworfen und zum Weichen gezwungen. Die Zahl der von der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand in den letzten Kämpfen eingebrachten Gefangenen beläuft sich auf 4 Offiziere und 1300 Mann. Nordwestlich Wlodawa haben unsere Verbündeten den Gegner abermals zurückgedrängt und Raum gewonnen. Oesterreichische, ungarische und deutsche Reiterei der Armee des Feldzeugmeisters Puhalla zog in Verfolgung des Feindes in Rowel ein und rückt weiter nordwärts vor. In Dalgazien herrscht Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Südfügel der küstenländischen Front kämpfte gestern unsere schwere Artillerie feindliche Geschütze an der Schobabatterie bei Colanetto in einen Trümmerhaufen verwandelt. Gegnerische Infanterie, die sich gegenüber unserer Stellung auf der Höhe westlich Ronfalcone festgesetzt hatte, räumte ihre Gräben fluchtartig vor unserer Geschützfeuer. Derselben Pola 330 wiesen unsere Truppen zwei schwächere Vorstöße, bei San Martin drei bis nahe an unsere Kampffront herangetragene Angriffe blutig ab. Ebenso scheiterte am 21. August ein weiterer feindlicher Versuch gegen den Tolmeiner Brückenkopf. Im besetzten Raume von Piñis und Raibisch schiebt sich nun die gegnerische Infanterie stellenweise näher an unsere Linien heran. Unsere Werke auf der Hochfläche von Pavarone und Polgaria standen gestern wieder unter heftigem Geschützfeuer; auch auf unsere Stellungen am Stifker Joch begann die feindliche Artillerie zu schießen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ein feindlicher Flieger bombardiert Offenburg.

Berlin, 24. August. (W. L. B.) Gestern Abend warf ein feindlicher Flieger Bomben auf die außerhalb des Operationsgebietes gelegene Stadt Offenburg. Es wurde nur unbedeutender Sachschaden verursacht, zwölf Zivilpersonen wurden zum Teil schwer verletzt.

Der russische Generalkstabsbericht.

Petersburg, 23. August. (W. L. B.) Bericht des Großen Generalstabes. In der Gegend von Riga und Jacobstadt und von Dinaburg nach Westen hin ist die Lage unverändert. An der Swenta und ebenso zwischen Wiltja und Njemen haben unsere Truppen am 21. und 22. August das feindliche Vorgehen aufgehalten auf der Front Rowarsk-Bilkomir-Kochedary-Druskeniki. Weiter südlich sind am mittleren Njemen einige unserer Truppeneinheiten vom linken auf das rechte Ufer hinübergewandert. Auf der Front zwischen Bobr und der Gegend von Brest-Litowsk fahren wir fort, unsere Stellungen Schritt für Schritt zu verteidigen. Am 21. und 22. August richtete der Feind die heftigsten Angriffe gegen unsere Stellungen am unteren Bobr, in der Gegend von Schafranka, aus der Gegend von Dielester in der Richtung nach Osten und auf der Front Kleszczele-Bisotow-Litowsk.

Auf dem rechten Bugufer, östlich von Wlodawa, griff der Feind hauptsächlich in der Seegegend bei Biszcza an. Am 22. August abends machte der Feind den Versuch, in der Richtung auf Rowel zum Angriff überzugehen. In Galizien keine Veränderung.

Die Seekämpfe im Rigaischen Meerbusen.

Berlin, 24. August. (W. L. B.) Auszuständiger Quelle erfahren wir:

In den letzten Tagen werden von russischer und englischer Seite über die Vorgänge im Rigaischen Meerbusen vom 16. bis 21. August, die mit der Vertreibung der russischen Streitkräfte ihren Abschluß fanden, wahrheitswidrige Nachrichten veröffentlicht. Es ist von einer großen Schlacht die Rede. Es wird behauptet, die Russen hätten einen großen glänzenden Seesieg erröckten und die Deutschen vertrieben, nachdem sie ihnen schwere Verluste beigebracht hätten. Ohne auf alle Einzelheiten der russischen Lügen einzugehen, sei folgendes ausdrücklich nochmals festgestellt:

- 1. Die in den Rigaischen Meerbusen vorgebrungenen deutschen Seestreitkräfte haben dort nur leichte russische Kräfte vorgefunden, die teils vernichtet, teils vertrieben wurden. Von einer großen Seeschlacht kann somit gar keine Rede sein.
2. Deutsche Verluste sind außer den in dem amtlichen Bericht veröffentlichten nicht eingetreten. Kein größeres Schiff, kein Kreuzer, ist gesunken oder ernsthaft beschädigt. Alle russischen Meldungen, die anderes berichten, sind erfunden.
3. Vom Abschlagen eines Landungsversuches bei Pernau kann nicht die Rede sein; ein solcher ist weder begonnen worden noch war er beabsichtigt. — Die Torpedobootsflottille, welche hier erschien, hatte den Zweck, die Sperrung des Hafens zu deden. Hierbei hat sich ein Gefechtskampf mit Hafens- und Feldbatterien entwickelt, bei dem die Hafensbatterie zum Schweigen gebracht und die Feldbatterien mit gutem Erfolg beschossen wurden. Ein russischer Dampfer und sechs russische Segelschiffe wurden außerdem aufgebracht und versenkt.
4. Die von den Russen angeblich erbeuteten Schiffe sind Dampfer, die von uns zur Sperrung von Fahrtrassen versenkt wurden.

Die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise.

Der Krieg unterdrückt die normale Produktion. Millionen rühriger Hände, die früher für den gesellschaftlichen Reichtum arbeiteten, zerstören, was sie früher aufbauten, und andere Millionen fleißiger Hände helfen das Werk der Soldaten im Felde vollenden. Die normale Arbeit ist in ihrem Ertrage gemindert, der Bedarf und Nachfrage ausgleichende Weltverkehr unterbunden.

Die kolossale Steigerung aller Lebensmittelpreise in Deutschland hat die Frage nach den Zuständen in den anderen kriegführenden Ländern nahegelegt.

Die allgemeine Aufmerksamkeit wandte sich vornehmlich auf Großbritannien, das daran glaubte, Deutschland wirtschaftlich niederringen zu können und selbst unter hohen Preisen und den daraus entstehenden sozialen Kämpfen leidet. Schon die napoleonischen Kriege haben dem England jener Zeit und den nachgeborenen Generationen die ungeheuren Gefahren einer Abperrung vom Festlande klargemacht. Die Kontinentalsperrung, die Napoleon 1806 in Berlin dekretierte, sollte nicht nur den britischen Markt für Fabrikate auf dem Festland zerstören, sondern das damals schon stark industrialisierte England von der Rohstoff- und Rohungsmittelzufuhr abschneiden. Nie zuvor und nie später haben die Preise in England die Höhe jener Tage erreicht.

Ein Vergleich der Lebensmittelpreise in Deutschland und England ist schwierig und bleibt immer ungenau. Die statistischen Erhebungsmethoden sind in beiden Ländern verschieden. Verschieden auch die Lebensgewohnheiten, welche das Verhältnis, in dem die einzelnen Gegenstände verbraucht werden, von Land zu Land ändern. So ist man in England Meizen-, in Deutschland Roggenbrot mit dreißigprozentigem Hartweizenmehl zu essen. So hat bei unseren Vetteren jenseits des Kanals das Rind- und Hammelfleisch die unbestrittene Vorherrschaft, bei uns das Schweinefleisch. Die Sauerbraten Ziffern, welche die jeweils erhobenen Preise im Verhältnis zu dem elfjährigen Preisdurchschnitt 1867/77 berechnen, weisen für Großbritannien für die Monate Juni 1914 bis Mai 1915 eine prozentuale Steigerung der Rohungsmittelpreise von 49,5 Proz. aus, während Calmer die Erhöhung der wöchentlichen Ausgaben einer vierköpfigen Arbeiterfamilie für Rohungsmittel auf „nur“ 45,3 Proz. berechnet.

Doch wäre es falsch, aus der größeren Steigerung der Lebenskosten auf einen höheren Preisstand in England zu schließen. Die relative Zahl der prozentuellen Steigerung hängt von dem Preisstand vor dem Kriege als Berechnungsbasis ab. Nun ist aber mäßig bekannt, daß der englische Arbeiter billiger als der deutsche lebte. Ein ganz rohes Beispiel wird den verschiedenen Einfluß einer Preissteigerung zeigen. Der deutsche Arbeiter gebe wöchentlich 20 M., der englische nur 10 M. aus. Erföhren die Preise in beiden Ländern eine Erhöhung von 5 M., so müßten die Lebenskosten des Arbeiters in England um 50 Proz., in Deutschland aber nur um 25 Proz. steigen, obwohl der englische Arbeiter für 15 M. soviel bekommt wie der deutsche für 25 M. So ist z. B. Hammelfleisch in England vom Juli 1914 bis April 1915 von 92 auf 110 und in Deutschland von 104 auf 118 Pf. pro Pfund gestiegen. Die absolute und relative Steigerung ist in Großbritannien größer als in Deutschland, der Preisstand trotzdem niedriger.

Die Gründe für die Teuerung in England sind mannigfaltig. Vor allem die Dardanellensperre und die schlechten Ernten in Australien und Indien im Vorjahr. Der Getreidebezug aus Rußland betrug vom 1. August bis Ende April 1913/14 124,5 Millionen Bushels (ein Bushel = 36 Liter), in derselben Zeit des Erntejahres 1914/15 aber nur — 0,7 Millionen Bushels! Dasselbe Bild bietet der Handelsverkehr mit den unteren Donauländern.

Das Ausscheiden der deutschen Flotte aus dem Weltverkehrsverkehr und die Verwendung zahlreicher britischer Dampfer für militärische Transporte haben einen so großen Mangel an Tonnage erzeugt, daß die ältesten Schiffe wieder in Dienst gestellt wurden und beim Verlaufe Liebhaberpreise erzielten. Trotzdem stiegen die Frachten auf das Dreifache.

Die Teuerung in England und Großbritannien hat auch in den neutralen Ländern nachgewirkt. So leiden auch die Niederlande und Dänemark unter den hohen Preisen. Die dänische Regierung erließ ein Schweinefleischausfuhrverbot für eine bestimmte Zeit. Höchstpreise wurden für Roggen, Brot und Schweinefleisch eingeführt. In Holland stiegen die Preise für Getreide so, daß der holländische Landwirtschaftsminister die Zugabe von Roggen zum reinen Weizenbrot empfehlen mußte.

In Rußland herrscht auch in den Städten Lebensmittelteuerung und -Knappheit, was einmal dem Mangel

an Eisenbahnwaggons geschuldet ist, dann aber der kompletten Unfähigkeit der Bureaukratie, die einen hervorragenden Mangel an Organisations-talent bewies und immer zur unrichtigen Zeit Gebot und Verbote erließ. So konnte die Lebensmittelteuerung in dem Lande, zu dessen wichtigsten Problemen die Ausfuhr überflüssiger Lebensmittel gehört, zu sozialen Unruhen führen. Auch haben russische Banken Getreide angekauft oder als Scheinkäufer Strohmänner bestellt, um dauernden Spekulationsgewinn zu erzielen. Auch spielt die Entwertung des Rubels eine große Rolle. In demselben Maße als das Geld im Werte sinkt, steigt der Preis der Waren. Doch ist natürlich, daß sich solche Verschleudungen in einem Lande mit so starkem naturwirtschaftlichen Einschlag wie Rußland zuerst in den Städten und erst allmählich auf dem Lande bemerkbar machen.

Sehr groß ist die Teuerung in Oesterreich-Ungarn. Die Preise sind noch viel höher als in Deutschland. Die Bevölkerung mußte sich durch Monate mit einem durch starken Mais- oder Gerstenzusatz in Schmachhaftigkeit und Verdaulichkeit stark geminderten Brot behelfen. Doch ist die letzte Ernte gut gewesen. Es herrscht Fleischknappheit und Teuerung, die viel größer als in Deutschland sind. An zwei Tagen der Woche darf kein Fleisch verkauft werden.

Auch in Frankreich sind die Lebensmittelpreise stark gestiegen, wenn das Land auch weit weniger auf ausländische Zufuhren angewiesen ist als England. Die Einführung einer staatlichen Regelung des Getreidehandels wird vorbereitet. Schwer lastet die Kohlentuerung und Knappheit auf dem Lande, das nach der Invasion der nördlichen Departemente ganz auf englische Zufuhr angewiesen ist.

So bringt der Krieg allen unmittelbar oder mittelbar beteiligten Ländern und Völkern die schwersten Lasten, die am ersten Friedensstage nicht schwinden werden. Langer Jahre wird es bedürfen, zerstörtes Gut und zerstörte Arbeitskraft wiederherzustellen.

„Morning-Post“ über die deutschen Erfolge im Osten.

London, 24. August. (W. L. B.) Der militärische Mitarbeiter der „Morning-Post“ schreibt: Durch die Einnahme von Nowo-Georgiewsk haben die Deutschen die Eroberung der Weichsellinie vollendet. Die Einschließung von Ostrowitz wird sie bald zu Herren der Karow- und Bobrlinie machen. Es wäre nutzlos zu leugnen, daß die Deutschen Herren der Lage sind. Es ist notwendig, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Verlauf der Ereignisse für geraume Zeit von ihrer Initiative abhängen wird, so lange die Alliierten unfähig sind, frische Streitkräfte zu mobilisieren, die Verluste an Gewehren und anderem Kriegsmaterial zu ersetzen und ihre Artillerie und ihre Munition auf den gleichen Stand wie der Gegner zu bringen. Diese Tatsachen sind jetzt allgemein anerkannt. Die Deutschen sind der Unüberwindlichkeit ihrer Westfront sicher. Der militärische Mitarbeiter erklärt es für bedauerlich, daß in Rußland der Eindruck zu bestehen scheint, daß die Alliierten im Westen nicht den gebührenden Anteil an den Lasten der Kriegsführung auf sich nähmen, und zählt auf, was die Alliierten im Westen und an der italienischen Grenze geleistet haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. August. (W. L. B.) Der amtliche Bericht von heute nachmittag lautet: Im Artois, im Abschnitt Souchez-Neuville Gewehrfeuer und Kämpfe mit Handgranaten ohne Infanteriegefechte. Zwischen Comme und Dife und auf den Plateaus zwischen Dife und Lisne war die Kanonade beiderseits ziemlich lebhaft. In den Argonnen kurze Kämpfe mit Bomben und Betarden an den Weststrändern, in Fontaine Radame und im Wald von Volante. In den Vogesen bemächtigten wir uns auf den Rängen des Lingekopfes und des Varrenkamps unter lebhaftem Kampf nach besonders wirksamer Vorbereitung einiger feindlicher Schützengräben. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ohne Zwischenfall. Am 22. d. Mts. bombardierten unsere Flugzeuge den Bahnhof von Lens, Henin, Liébard, Loos und die Eisenbahnlinie Lille-Douai.

Paris, 24. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Artois nördlich Souchez und im Abschnitt von Neuville-Rocincourt anbauend scharfe Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie. Der

Krasnik und Lublin.

Von Hugo Schulz, Wien. — 18. August.

Krasnik ist ein düstiges und wenig wohllich aussehendes Städtchen, auch die Umgebung ist bar des landschaftlichen Reizes. Sie strahlt so öde, so einödig, so lebensfeindlich auf den Besucher, wie es sich gerade schick für ein Gefilde, über das im Laufe eines Jahres zwei große Dauerkämpfe hinwegzogen, dessen sandige Schollen mehr Blut in sich gelogen haben und mehr Leichen bedecken als irgend welche auf dem blutgedüngten Boden Europas. Wenn man sieht, wie da fast in jedem Ader Holzkreuze stehen, wenn man das Gemirr der Kreuz und quer verlaufenden, teils flüchtig ausgehauenen, teils tief und kunstgerecht in den Lehmgang hineingeschnittenen Deckungen überblickt, wenn man auf Schritt und Tritt über verrostete Stacheldrähte und eiserne Scherben stolpert, dann möchte man schier glauben, daß dieses Gelände von Haus aus die Bestimmung und den Beruf erhalten hat, ein Schlachtfeld und nichts als ein Schlachtfeld zu sein. Beide Krasniker Schlachten haben tiefe Spuren hinterlassen, aber obgleich diese Spuren sich vielfach mengen, lassen sich auch im flüchtigen Vorüberstreifen noch deutlich zwei Schichten unterscheiden. Letztere, nur flüchtig mit dem Spaten hergestellte und größtenteils schon verfallene Deckungen aus der ersten Kriegsepoche, wo die Kunst des Sichelgrabens noch in den Kinderschuhen lag, daneben die Erzeugnisse der hochentwickelten Schanzkunst aus der Schule des Positionskrieges. Mit besonderer Sorgfalt sind wie gewöhnlich die tief eingeschnittenen russischen Stellungen hergerichtet; mit der sauberen Technik steht aber das unaufrichtige Treiben, das in diesen unterirdischen Wandelgängen geherrscht hat, arg im Widerspruch. Es stinkt und muffelt fürchterlich in diesen russischen Gräben, die voll sind von schmutzigem Stroh, von Papierabfällen, Speiseresten und Excrementen.

Weniger scharf läßt sich an den Zerstörungen, die die Ortschaften erlitten haben, erkennen, was der ersten und was der zweiten Krasniker Schlacht zuzuschreiben ist. Nur nach der Ausbeutung des Zerstörungswerkes läßt sich da urteilen. Wir fahren durch den Ort Pulankowice, der unversehrt ist bis auf seine schöne neue Kirche, die in Trümmern liegt. Das ist zweifellos erste

Feind warf einige Granaten auf Krass, Montbidier und Reims. Wirkliche Ergebnisse unseres Erwiderversuers gegen die feindlichen Schützengräben und Batterien wurden an mehreren Stellen beobachtet. In der Champagne auf der Front Verthes-Beau-Sejour lebhafter Kampf mit Handgranaten und Bomben. Vor Villedur-Tourbe wurde ein vorgehobener feindlicher Schützengraben durch Explosion einer unserer Minen vollkommen zerstört.

Das kanadische Hilfskorps im englischen Heere.

Amsterdam, 24. August. (W. L. B.) Hier eingetroffene amerikanische Blätter enthalten folgende Nachrichten: Die „Associated Press“ meldet aus Ottawa, daß bis zum 9. August die kanadischen Kriegsverluste 10 680 Mann betragen, von denen 1877 tot, 6738 verwundet sind und 2065 vermißt werden. Dr. Joseph Biffelle, der in England war, um die Radiumbehandlung der Wunden zu demonstrieren, sagte nach seiner Rückkehr nach New York, die britische Regierung habe angeordnet, bei Soldaten, die tödliche Wajonettwunden haben, das Ende mit Morphium zu beschleunigen und schmerzlos zu machen. Dr. Biffelle erfuhr dies von einem englischen Stabsarzt im Range eines Obersten, der eines der größten Spitäler leitete. Weiter erzählte Dr. Biffelle, der Eindruck, den die Amerikaner, die England besuchten, belägen, sei, daß die Engländer das Kämpfen, soviel wie möglich, den Kanadiern überlassen.

Der Seekrieg. Vom U-Bootkrieg.

London, 24. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Dampfer „Diomed“ von 4800 Bruttotonnen ist versenkt worden. Zehn Mann der Besatzung sind tot, der Rest wurde gefangen.

London, 24. August. (W. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Hull, daß das Fischereifahrzeug „Commander Boyle“ versenkt wurde. Neun Mann der Besatzung seien gerettet worden, drei Mann ums Leben gekommen.

Deutsche Entschuldigung wegen der Verletzung der dänischen Neutralität.

Kopenhagen, 24. August. (W. L. B.) Meldung des Rigaschen Bureaus. Das Ministerium des Aeußern hat von der dänischen Gesandtschaft in Berlin einen Bericht erhalten, wonach der Gesandte aus Anlaß der bei Saltholm am 19. August geschehenen Verletzung der dänischen Neutralität vom deutschen Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten eine Note erhielt, worin die kaiserliche Regierung ihr aufrichtiges Bedauern und ihre Entschuldigung wegen des Vorfalles ausdrückt, mit der Bemerkung, daß der früher den deutschen Schiffskommandanten gegebene Befehl, die Neutralität zu achten, neuerdings streng eingeschärft worden sei.

Kopenhagen, 24. August. (W. L. B.) „Politiken“ schreibt: Auf die Stimmung Dänemarks wird die deutsche Entschuldigung in der Saltholm-Angelegenheit den günstigsten Eindruck machen, da die Note nicht nur eine Entschuldigung für die Neutralitätsverletzung enthält, sondern gleichzeitig auch die Zusage gibt, daß Derartiges zukünftig ausgeschlossen sei. Damit wäre der deutsch-dänische Zwischenfall erledigt. Da auf englischer Seite, nach den Aufzeichnungen der Blätter zu urteilen, eine korrekte Auffassung über unsere Haltung in der Sache vorhanden ist, kann damit auch der Versuch einiger dänischer Blätter, die Sache politisch auszunutzen, als erledigt gelten.

Auslieferung der Postfäcke des „Haakon“.

Kristiania, 24. August. (W. L. B.) Die norwegische Gesandtschaft in Berlin sandte an das Ministerium des Aeußeren folgendes Telegramm: Die gesamte Briefpost von „Haakon VII.“ ist bereits nach Norwegen unterwegs. Die Postfäcke wurden geöffnet und nach Bonnware untersucht. Die Briefe sind dagegen nicht berührt worden.

Amerika und die Versenkung der „Arabic“.

New York, 24. August. (W. L. B.) Durch Funkpruch von unserem Korrespondenten. Die Versenkung des Dampfers „Arabic“ macht großes Aufsehen. Die Presse ist sehr erregt. Die Situation wird als bedenklich bezeichnet. Man hofft noch, daß die näheren Umstände eine befriedigende Erklärung für die Versenkung bieten werden. Besonders hofft man, daß die Torpedierung nicht ohne vorherige Warnung erfolgt ist.

Krasniker Schlacht. Dann kommen aber Dörfer, die vollständig niedergebrannt und buchstäblich dem Boden gleichgemacht sind. Das ist zweite Krasniker Schlacht und offenkundige Wirkungen der absichtlichen Brandstiftung, die die Russen seit Ende Juli auf ihren Rückzügen durch polnisches Gebiet üben.

Wir fahren von Krasnik, wo der Bahnverkehr völlig ins Stocken geriet, mit dem Auto nach Lublin auf staubiger, holperiger Landstraße, die beiderseits gesäumt ist von Trümmern und Gräbern. Die traurigen Bilder nahmen da kein Ende, auch auf der Straße selbst. Den Gegenstrom der Trainkolonnen, die sich da in der Richtung auf Lublin bewegten, bildeten endlose Karawanen von geflüchteten Landleuten, die nun in ihre verbrannten Dörfer zurückkehrten. Die Russen hatten sie hinter ihre Linie getrieben, um sie ins Innere des Landes zu verschleppen und auf diese Weise breite Landstriche menschenleer zu machen. Den meisten war es gelungen, sich in Lublin verborgen zu halten oder in die Wälder zu flüchten, wo sie tagelang fast ohne Nahrung herumirrten. Nun wanderten sie wieder zu ihrer Scholle zurück. Auf dem arbeitsamen Leiterwagen lag der armselige Hausrat und darauf hockten mit verstörten Mienen Weiber und blondköpfige Kinder. Auch jüdische Familien befanden sich in diesen Karawanen und nahe von Niedrawica Duga bot sich uns das paradoxe Bild von Kasanjuden, die hoch zu Ross wie Beduinenreiter neben den Wagenzügen einherzogen.

Die Felder und Hutweiden beiderseits der Straße waren übersät mit ausgeschossenen Patronen, Schrapnellhüllen und Sprengstücken. Irigendwo sah ich ein unversehrtes Geschloß von gewaltigen Dimensionen liegen, einen Windgänger von 15 Zentimeter Durchmesser. Das gefährliche Ding wird wohl demnächst von unseren Soldatengruppen, die die Schlachtfelder abräumen, beseitigt werden und weiter keinen Schaden anrichten. Vielleicht wird es dann einmal nach vielen tausend Jahren wieder ans Tageslicht kommen und unseren Nachfahren schwere Kopfzerbrechen machen. Ich stelle mir lebhaft vor, wie die gelehrten Archäologen und Urgelehrter Hypothesen spinnen werden, um den Zweck dieses gewaltigen eisernen Bollwerkes mit der aufgesetzten Augelmühle zu erklären.

Lublin erscheint endlich am Horizont mit seinen Türmen und Dachgiebeln, deren Silhouette sich scharf ins Himmelsblau einzeichnet. Noch eine Viertelstunde Fahrt und wir sind am Ziele. Es läßt sich gar nicht sagen, wie überraschend und geradezu beäunend es wirkt, wenn man mitten in der Lede dieser sarmatischen

Fälschungen der elsass-lothringischen Zivilstandsurkunde durch die französische Regierung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Bei französischen Gefangenen ist ein Befehl des französischen Kriegsministers Millerand an die ihm unterstellten Behörden wegen der Behandlung der Elsass-Lothringer, die sich im Dienste des französischen Heeres befinden, vorgelesen worden. Es geht daraus hervor, daß die Elsass-Lothringer, die, wie in Deutschland allgemein bekannt ist, zum Eintritt in das französische Heer mit allen Mitteln gezwungen werden, in zwei Kategorien geteilt sind. Die erste Kategorie besteht aus solchen Elsass-Lothringern, die nicht gegen Deutschland kämpfen wollen. Sie werden in die französischen Regimenter nach Afrika abgeschoben. Zur zweiten Kategorie gehören diejenigen Elsass-Lothringer, die gegen Deutschland zu kämpfen sich bereit erklärt haben. Die französische Regierung befindet sich in keinem Zweifel darüber, daß die Einreichung solcher Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und deren Naturalisierung in Frankreich nach Lage der deutschen Gesetze nicht anerkannt werden kann, völkerrrechtswidrig ist; sie weiß, daß die Reichslander, für den Fall, daß sie gefangenommen werden, als Landesverräter betrachtet und von Deutschland dementsprechend behandelt werden. Trotz dieser klaren Kenntnis der Sachlage nimmt sie keinen Anstand, die irreführenden Elsass-Lothringer zum Kampfe gegen Deutschland zu verwenden und sie wesentlich den Gefahren auszuliefern, die ihnen im Falle ihrer Gefangennahme drohen. Um diese zu vermindern, greift sie zu dem Mittel der Fälschung. In dem Befehl des Kriegsministers heißt es unter anderem:

Andererseits ist es mir notwendig erschienen, Maßnahmen zu ergreifen, um die elsass-lothringischen Freiwilligen und ihre Familien gegen deutsche Biedervergeltungsmaßnahmen sicherzustellen. Ich habe deswegen beschlossen, daß denjenigen Elsass-Lothringern, die für die Kriegsdauer angeworben und zum Heere geschickt worden sind, eine fingierte Zivilstandsurkunde gegeben wird, aus der sich ergibt, daß die Betroffenen Franzosen sind. Das Rekrutierungsbureau, das sie eingeschrieben hat, soll die echte Zivilstandsurkunde besitzen. Infolge dessen sollen die zuständigen Rekrutierungskommandanten dafür Sorge tragen, daß ihnen ein anderes Buch und eine andere Erkennungsmarke von ihrem Korps ausgehändigt werden. Das echte Buch wird an die zuständigen Rekrutierungskommandanten geschickt und von ihnen aufbewahrt werden.

Aus diesem Befehl geht mit Deutlichkeit hervor, zu welchen niedrigen Maßnahmen die französische Regierung bei der völkerrrechtswidrigen Verwendung der deutschen Gefangenen aus Elsass-Lothringen ihre Zuflucht nimmt.

Thomas und die französischen Munitionsarbeiter.

Le Creusot, 24. August. (W. L. B.) (Meldung der Agence Havas.) In einer Ansprache an die Arbeiter der Fabriken in Le Creusot erklärte Unterstaatssekretär Thomas, er sei von dem erzielten Ergebnis äußerst befriedigt. Das Ergebnis sei ungeheuer, aber noch nicht genügend, es müsse noch erhöht werden. Die Arbeit sei jetzt organisiert, das Vertrauen des Landes wachse täglich. Thomas forderte die Arbeiter auf, ihre Bemühungen zu vervielfachen, denn jeder habe jetzt die Pflicht, die höchsten Opfer zu bringen. Thomas fügte hinzu: Wir sprechen vom Siege, weil wir in unserer ständigen Kräftenspannung die Gewißheit unseres Sieges erlangt haben. Wir hatten diese Gewißheit schon, da wir die Verteidiger des Rechtes sind. Aber wer könnte jetzt noch daran zweifeln, wenn wir sehen, wie die materiellen Mittel anwachsen, die Munition sich häuft, die Werkstätten vergrößert und immer neue Maschinen aufgestellt werden? Deutschland versucht jetzt, einen entscheidenden Schlag gegen Rußland zu führen, weil es das Gefühl hat, es müsse schnell siegen, sonst werde es ihm unmöglich sein. Daraus folgt, daß Deutschland verloren ist; denn jetzt mobilisiert das mächtige England alle seine Industrien. Rußland rüstet sich aus und organisiert sich, und unsere Flugzeugindustrien schaffen überall neue Mittel. Der Sieg schwebt über uns. Kameraden! Auf euch zählen wir, um ihn zu erringen.

Der Flieger Gilbert aus der Schweiz entflohen.

Paris, 24. August. (W. L. B.) Der französische Flieger Gilbert, der am 27. Juni infolge einer Motorpanne in der Schweiz landen mußte, wo er interniert wurde, ist entflohen. Er ist in der vergangenen Nacht nach Paris zurückgekehrt.

Bärth, 24. August. (W. L. B.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zu der Flucht des Fliegers: Gilbert hatte als Offizier sein Ehrenwort gegeben, daß er nicht entfliehen werde. Man hatte es daher selbstredend nicht für nötig gehalten, den Mann auf Schritt und Tritt durch eine Schildwache begleiten zu lassen.

Die Entscheidung in der Bergarbeiterfrage.

London, 24. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Entscheidung des Handelsministers Runciman über die noch strittigen Punkte in der

Landschaft, die, auch in glücklicher Friedenszeit düstert und arm, im Kriege durch Sengen und Brennen zur Wüstenei geworden ist, urplötzlich in den Bannkreis einer großen, eleganten, lebensprühenden Stadt gerät. Man begreift sie nicht, sie kommt einem ganz unwahrscheinlich vor, sie wirkt wie das Wendewerk eines solchen Zaubers. Wie kann hier eine große Stadt stehen und ihr Leben führen, wo es rundherum nur Verfall und Verderben gibt? Der Kontrast aber steigert sich ins Maßlose, wenn man wahrnimmt, daß Lublin obendrein noch eine schöne, lichtdurchflutete und bis auf das schmüßige Ghetto hinter dem Kräuerer Tor durchaus westlich geprägte Stadt ist, mit herrlichen Parkanlagen, alten Barockkirchen und einem vornehmen Regierungspalast im Empirestil. Und diese schöne Stadt schien, als wir sie betraten, sich eben in einer Taumelstimmung des Jubels zu befinden. Der russische Firmus war völlig abgestreift, nur die Schilderinschriften an den Geschäften erinnerten noch an die russische Bergangeheit. Selbst die prächtige russische Kirche, die sich ganz abseits in einem entlegenen Stadtteil befindet, scheint ganz plötzlich, ganz abendlich dorthin geraten zu sein, um sich zu verbergen. Eine wogende Menschenflut wälzt sich durch die Straßen und mitten darin schlendern behaglich österreichische Offiziere und Soldaten. Nicht einmal die Kasernen, die dem russischen Armeekorps zur Unterkunft dienen, erinnern sich an ihre russische Abkunft. Der Zufall wollte es, daß die Ablösung des russischen Korps in Lublin durch die Truppen unseres Korps von gleicher Nummer erfolgte, dessen Landsturmabteilung sich nun in den russischen Kasernen ganz wohl fühlt. Nur ein bißchen schamhaft schienen sie ihnen, aber sonst hätte sie nicht einmal das in einer Kaserneneinfahrt angeschlagene Plakat, das, wie kundige Uebersetzer ihnen mitteilen, mit großem Aufwand von Entzückung die erlogene Lebensgeschichte des Soldaten Alexander Nachts vom 148. Kaspiischen Regiment erzählt, dem die grausamen Oesterreicher die Zunge herausgerissen haben.

Die eigentlichen Beherrscher des Stadtbildes von Lublin waren, als wir kamen, die polnischen Legionäre, die von allen Seiten umjubelt und von der Bevölkerung, zumal aber von den schönen jungen Mädchen, schier verhätschelt wurden. Der Ueberschwang dieser Begeisterung für die Befreier, die sich nach meiner Wahrnehmung noch in keiner anderen Stadt Russisch-Polens so unbedenklich kundgegeben gewagt hat, fiel mir so auf, daß ich nach den Ursachen forschte. Was ich da erfuhr, wird Gegenstand einer besonderen Darstellung sein.

Bergarbeiterfrage in Südwales ist gestern abend veröffentlicht worden. In den meisten Punkten ist eine Uebereinstimmung zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern erzielt worden. Es wird ferner vorgeesehen, daß im Falle weiterer Meinungsverschiedenheiten der schiedsrichterliche Spruch beschleunigt und von keiner der beiden Parteien der Kontrakt gekündigt werden kann, ehe es sich herausstellt, daß die Einigungsämter keine Uebereinstimmung erzielen konnten. Die Arbeiter über Tag erhalten einen Minimallohn von 5 Schilling. Einige Forderungen der Arbeiter sind zurückgewiesen worden.

Afrikanische Kohle für England.

London, 24. August. (W. T. B.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Regierung das Angebot von 100 000 Tonnen Steinkohlen, das vom Verband der Grubenbesitzer in Transvaal gemacht worden ist, angenommen hat.

Das russische Echo der Kanzlerrede.

Petersburg, 24. August. (W. T. B.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht die Rede des Reichskanzlers bei der Eröffnung des Reichstages und fügt folgenden Kommentar hinzu: Der Kanzler enthüllte mit vollkommener Offenherzigkeit vor der ganzen Welt die wirklichen Ziele der deutschen Politik. Die Rede ergänzt die Erklärung des Reichskanzlers am Anfang des Krieges, daß internationale Verträge nicht mehr Wert besitzen als Papierfetzen. Damals gab der Reichskanzler zu, daß Deutschland alle moralischen Rücksichten in internationalen Beziehungen zurückweist. Jetzt erklärt er fetterlich, daß Deutschland nach der Welt Herrschaft strebt, die das veraltete System der Balance of Powers ersetzen würde. Deutschlands Gegner können solche Erklärungen nur begrüßen, die den besten Ausruf für ihren Kampf zugunsten des Rechtes und der Freiheit bilden.

Verlegung des Hofes und der Regierung aus Petersburg?

London, 24. August. (W. T. B.) Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die Gerüchte von einer Räumung Petersburgs, die von den Panikmachern verbreitet werden, sind insofern unbegründet, als sie in Verbindung mit den jüngsten Ereignissen erwähnt worden sind. Angesichts der Möglichkeit von Angriffen auf dem Luftwege ist es allerdings möglich und sogar ratsam, daß der Hof und die Regierung sich anderswo hinbegeben.

Das türkisch-bulgarische Abkommen.

Berliner Blätter melden vorzeitig, daß das türkisch-bulgarische Abkommen bereits unterzeichnet worden sei. Der „Berliner Sozial-Anzeiger“ vom Dienstagabend schreibt demgegenüber:

Obwohl weder auf dem hiesigen Amt, noch auf der hiesigen türkischen Botschaft, noch auf der bulgarischen Gesandtschaft bis zur Stunde eine offizielle Bestätigung des Gerüchtes von der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Türkei und Bulgarien eingetroffen ist, erfahren wir aus besserer Quelle, daß die beiden Kabinette über die Bedingungen des Vertrages völlig einig sind. Nicht unmöglich ist es, daß aus naheliegenden Gründen die amtliche Veröffentlichung des Vertrages noch hinausgeschoben wird. Die türkisch-bulgarische Vereinbarung wird den Beweis dafür liefern, daß am Bosphorus wie in Sofia heute Staatsmänner am Ruder sind, die klaren Blickes in die Zukunft schauen und die Zeichen der Zeit zu lesen verstehen. Für unsere deutsche Diplomatie aber bedeutet das vorstehende Abkommen nach dem Eintritt der Türkei in den Weltkrieg einen zweiten großen Erfolg, der im weiteren Verlauf des Kampfes voraussichtlich keine weniger wichtige Rolle spielen wird als der erste.

Das Abkommen wird nach dem „Sozial-Anzeiger“ in seiner politischen Bedeutung von einer Persönlichkeit, die mit dem amtlichen Bulgarien in engster Fühlung steht, wie folgt beurteilt:

Dieses diplomatische Ereignis ist nach drei Richtungen hin bemerkenswert. Zunächst beweist es, daß das militärischste Land des Balkans vom Siege der Zentralmächte überzeugt ist. Ferner hat Bulgarien damit gezeigt, daß es, abgesehen von Serbien, keinen anderen Balkanstaat zu fürchten glaubt, und endlich drittens, daß man in Sofia ein nicht mehr zu fernes Ende des Krieges voraussieht. Was die Meinung betrifft, Serbien werde bei einem Vorgehen Bulgariens keine militärische Unterstützung finden, so gründet sich diese Anschauung auf zwei Momente. Einmal glaubt man der griechischen Neutralität sicher zu sein, und sodann ist man überzeugt, daß, wenn Griechenland sich fernhält, Rumänien zu Hause bleiben wird. Aber selbst wenn Rumänien marschieren sollte, so hegt man in Griechenland keine Besorgnis, da man seine Armeen nicht für vollwertig erachtet. Ueber Griechenlands Haltung glaubt man in Sofia beruhigt sein zu können, zumal man auch betreffs Saballas eine freundschaftliche Lösung erhoffen darf. Ein Bulgarien aber, das auf keinen Teil griechischen Besitzums Anspruch erheben würde, kann, so sollte man meinen, selbst für eine so ententefreundliche Regierung wie die des Venizelos nicht zu einem Gegenstand des Angriffs gemacht werden. Aber selbst wenn man sich in Athen gewisser Bundespflichten gegenüber Serbien erinnern und ihm militärische Hilfe bringen wollte, so würde diese zu spät kommen.

Das neue Kabinett Venizelos.

Athen, 24. August. (W. T. B.) Die Agence d'Athènes meldet: Das neue Kabinett setzt sich, wie folgt, zusammen: Venizelos, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen; General Danglis, Kriegsminister; Pregarten-Kapitän Miaulis, Marineminister; Michalopoulos, Volkswirtschaftsminister; Repulis, Finanzminister; Diamantidis, Verkehrsminister; Tsirromokos, Unterrichts- und Kultusminister; Casantaris, Minister des Innern; Ractivan, Justizminister. Außer Danglis und Casantaris haben alle Minister dem alten Kabinett Venizelos angehört. Das Kabinett hat gestern abend den Eid geleistet.

Teuerungsunruhen in Lissabon.

London, 23. August. (W. T. B.) Exchange Telegraph Co. meldet aus Lissabon vom 21. August: Schwere Ruhestörungen fanden in Almada gegenüber Lissabon statt. Eine große Menschenmenge plünderte einige Läden wegen der Preissteigerung der Lebensmittel. Kruppen wurden abgeschickt, um die Ruhe herzustellen.

Revolutionärer Putsch in

Laurenco Marques.

London, 24. August. (W. T. B.) Das Neuterische Bureau meldet aus Johannesburg vom 21. August: Vor zwei Wochen

veranstalteten 400 Carbonarios in Laurenco Marques eine Kundgebung, bemächtigt sich der Regierungsgebäude und setzten den stellvertretenden Gouverneur, den Polizeichef und hervorragende militärische und bürgerliche Beamte ab. Ein Ausbruch der Carbonarios telegraphierte nach Lissabon, daß die abgesetzten Beamten royalistische Reaktionen hätten.

London, 24. August. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Johannesburg vom 21. August: Das Blatt „Star“ veröffentlicht die Nachricht, daß vor 14 Tagen in Laurenco Marques eine unblutige Revolution stattfand. Alle hohen Beamten wurden abgesetzt und ausgewiesen. Eine Anzahl davon reiste am Montag an Bord eines portugiesischen Dampfers ab. Einige langten in Johannesburg an, um nach Portugal zu reisen. — Die Zeitungen in Mozambique melden den Vorfall nicht. — Ferner berichtet „Daily Telegraph“ aus Johannesburg: Die hiesige deutsche Schule wurde in eine englische Schule verwandelt. Gestern wurde der Union-Jack auf dem Gebäude gehißt. Einige Schüler, von denen 90 Prozent deutscher Herkunft sind, hielten die Flagge nieder und verbrannten sie.

Persien gegen die Entente.

Kopenhagen, 24. August. (W. T. B.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, veröffentlichte laut „Nowoje Wremja“ die Partei der sogenannten Demokraten in Teheran einen Ausruf an das persische Volk, das sich der Entente mächtig abzuschütteln und sich zum Schutz des Vaterlandes zu erheben. Aus allen Landesteilen Persiens werde volle Anarchie gemeldet. Die Demokraten bilden freiwillige Abteilungen.

Politische Uebersicht.

Die Reklamationen der Reichsgetreidestelle.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Dienstadtung zunächst stundenlang mit der hochwichtigen Frage, ob die Reichsgetreidestelle als Versicherungsinstitut gegen den Schlingengraben zu betrachten sei und ob in der Verwaltung dieser Zentralstelle zu viel Judentum läge. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger hatte nämlich am Schlusse der Montagssitzung derartige Vorwürfe gegen die Verwaltung der Reichsgetreidestelle erhoben. Der Präsident dieser Organisation Unterstaatssekretär Dr. Michaelis und der Staatssekretär Dr. Delbrück mußten mehrfach das Wort ergreifen, um diese Angriffe zu widerlegen. Sie wiesen darauf hin, daß Reklamationen, die bei privaten Firmen ebenfalls häufig vorkommen, auch bei der Reichsgetreidestelle notwendig gewesen sind, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. In der weiteren Debatte, die trotz des „Burgfriedens“ teilweise sehr scharfe Formen annahm, mußte schließlich der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger, trotzdem ihm der Abgeordnete Spahn zu Hilfe sprang, seine Beschuldigungen zurücknehmen.

Die rechtsstehenden Abgeordneten Wamhoff (nat.), Weiland (konf.) und Behrens (Wirtsch. Ag.) verteidigten nach ihren wirtschaftspolitischen Anschauungen mit mehr oder weniger Wärme die Landwirtschaft und die Regierungsmassnahmen. Der freisinnige Redner Koch begrenzte dieses Lob auf das richtige Maß und brachte eine Reihe von Forderungen für zukünftige Maßnahmen vor. Genosse Wolfenbühr referierte kurz die Verhältnisse der Regierung, schilderte eingehend die Notlage breiter Volksschichten und forderte schließlich sofortige energische Maßnahmen der Regierung, ehe neue Verhältnisse die Ernährungsverhältnisse des Volkes weiter verschlimmern. — Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Antrag der Regierung auf Vertagung des Hauses bis zum 30. November debattiert, ohne Widerspruch von irgend einer Seite, angenommen.

Heeresfragen in der Haushaltskommission.

(Amtlicher Bericht.) In der Haushaltskommission wurden gestern die Erörterungen über die Heeresfragen fortgesetzt. Der erste Redner brachte zum Ausdruck, daß die Heeresverwaltung vollstes Vertrauen verdiene. Die Erfolge unserer Heere seien unmöglich gewesen, wenn der gewaltige Verwaltungsapparat nicht so glänzend funktioniert hätte. Man solle in dieser Beziehung nur die Verhältnisse bei unseren Gegnern in Vergleich ziehen — z. B. England, das sich einen besonderen Munitionsmminister machen mußte. Den Männern der Heeresverwaltung, die genial und pünktlich ihre Pflichten erfüllten, sei die höchste Anerkennung zu zollen. Auch ein Redner der äußersten Linken anerkannte die glänzenden organisatorischen Leistungen des Generalstabs und Kriegsministeriums, hob auch hervor, daß die Nachrichten aus dem Felde und überhaupt vom Heere im allgemeinen sehr erfreulich seien, das hindere aber nicht, daß es geboten sei, die vorliegenden Klagen und gelegentliche Mißstände, die sich herausgestellt hätten, an dieser Stelle mit Ernst zu betonen. Auch in der heutigen Sitzung nahm die Erörterung der den Abgeordneten zugegangenen Klagen über unsachgemäße Behandlung der Untergebenen einen breiten Raum ein. Wieder wurde hervorgehoben, daß die Klagen aktive Offiziere fast nie betrafen, beinahe immer richteten sich die Vorwürfe gegen das große Heer der Offiziere des Beurlaubtenstandes und besonders solche, die sich in der Heimat betätigten. Gegenüber den Klagen, die aus dem Felde kommen, riet ein Kommissionsmitglied etwas mißtrauisch zu sein. Dieser Redner, der selbst im Felde steht, gab ein treffliches Bild von dem herrlichen Geist unserer Feldtruppen. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sei dort so ideal, wie es in keiner anderen Armee möglich wäre, man könne es getrost als freundschaftlich bezeichnen. Leider seien aber auch ihm Klagen zugegangen, denen er entnehmen müsse, daß in der Heimat nicht durchweg alle diese Verhältnisse ideal seien. Hauptächlich trügen die Schuld die ehemaligen aktiven Unteroffiziere, die wohl sehr tüchtig seien, sich aber von dem ihnen zur Gewohnheit gewordenen Kaisernton nicht freimachen könnten. An diesen bedauerlichen Verhältnissen seien oft aber auch die Untergebenen insofern nicht schuldlos, als sie bei erlittener Unbill nicht den Mut fänden, von dem Vorgesetzten Gehör zu suchen. Häufige Velehrungen, besonders darüber, daß eine berechnete Velehrung niemals unangenehme Folgen für den Velehrer haben könne, seien empfehlenswert.

Auch heute kam die Frage der Beurlaubungen zur Sprache, ebenso wurde erneut die staatsrechtliche Giltigkeit der Kriegsbefehlsvorschrift von einigen Seiten bestritten.

Beauftragte Würden besonders die Bezüge mancher jüngerer Militär- und in den okkupierten Gebieten tätiger Zivilbeamten, die allgemein als ungerechtfertigt hoch bezeichnet wurden, dagegen wurde die Velehrstellung der Feldunterärzte von einer Seite angeregt.

Ein Kommissionsmitglied regte an, die Haushaltskommission möge von solchen größeren Ausgaben, deren Wirkung in die spätere Friedenszeit hinüberreiche, vorher in Kenntnis gesetzt werden. Der stellvertretende Kriegsminister sagte mögliche Verdrüsslichkeit dieses Wunsches zu.

Der Staatssekretär des Reichschatzamts erklärte erneut, daß eine Neubearbeitung der Kriegsbefehlsvorschrift während des Krieges ausgeschlossen wäre. Man müsse sich darauf beschränken, Härten einerseits und unbillig hohe Bezüge andererseits auszugleichen.

Die übrigen Erörterungen der heutigen Verhandlung bezogen sich auf Fragen der Militärverpflegung, des Offizierbesatzes, Gefangenbeschäftigung, Geschlechtskrankheiten im Heere, Urlaubsbewilligung, die Verwendung der Kontributions- und Beutegelder und endlich auch auf die Preisverhältnisse in den okkupierten Gebieten, besonders in Polen.

Kriegsziele und Freie Vaterländische Vereinigung.

In der bürgerlichen Presse lesen wir: „Die ‚Weltfälligen Politischen Nachrichten‘ haben am 10. August an die Freie Vaterländische Vereinigung die Frage gerichtet, ob sie ‚in der großen politischen Frage der Kriegsziele‘ zum Wohle des Ganzen eine Entscheidung im Geiste der Einheit herbeiführen zu können glaube, nachdem ihr erster Vorsitzender Geh. Justizrat Prof. Dr. Kahl eine Eingabe an den Reichskanzler mitunterzeichnet habe, ‚worin denen Forderungen sich schon deshalb nicht zur Aufgabe gemacht habe, da ihr Arbeitsgebiet nur die innere Politik umfasse, ihre Tätigkeit auch erst nach Friedensschluß einsetzen solle, weist er nach, daß nur durch eine abschließende Unterstellung seine Person als Vorsitzender der F. V. V. mit der als Mitunterzeichner einer von einem ganz anderen Kreise deutscher Männer ausgehenden Eingabe an den Kanzler verwechselt worden wäre. Kahl nimmt für sich das Recht in Anspruch, daß auch er wie jeder Deutsche über die Kriegsziele seine Meinung aussprechen könne, ohne die Mitglieder der F. V. V. dadurch in irgendeiner Weise zu binden. Er weist die Annahme zurück, mit welcher durch jenen Artikel versucht wird, diejenigen, die in dieser Frage nicht die Ansicht jener Korrespondenz teilen, als ‚unmännlich‘ und ‚sentimental‘ zu kennzeichnen. An den hohen vaterländischen Zielen der F. V. V. pralle dieser Vortritt für jeden ab, der ihr Programm nicht mißverstehen wolle. Tausende deutscher Männer aus allen Ständen, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, hätten begeistert sich ihren Zielen angeschlossen. Wenn je, so habe durch diesen Vorgang ihre Begründung eine Rechtfertigung erfahren: Gegen den schlimmen Geist unzulässiger Parteihaders anzukämpfen und eine Verebbelung des innerpolitischen Lebens auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens anzustreben.“

Höchstpreise für Mehl.

Das Staatsministerium für Schaumburg-Lippe hat auf dem Verordnungswege Höchstpreise für Mehl und Brot festgelegt. Danach kosten im Bezirk des Landes: Roggenmehl 18 M., Weizenmehl 20 M. der Zentner bei Verkäufen von 1 Zentner und weniger; 16 M. und 18 M. bei Verkäufen über 1 Zentner. Die Höchstpreise für Brot betragen für Graubrot 6 Pfund 1,06 M., Kriegsbrot (85 Teile Roggenmehl 15 Teile Kartoffelmehl oder Erbsen) 6 Pfund 96 Pfennig.

Höchstpreis für Spiritus.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat die dringende Bitte an den Bundesrat gerichtet, rechtzeitig Höchstpreise für Spiritus, Karbid und etwaige andere Ersatzmittel für Petroleum festzusetzen.

Wiederbesetzung von Beamtenstellen.

Das Reichspostamt hat die Regelung getroffen, daß die etatsmäßigen Stellen vermehrt Beamten und Unterbeamten erst dann neu besetzt werden, wenn der Tod amtlich festgestellt ist oder wenn während eines Jahres nach dem Vermittwerden keinerlei Nachricht von dem Verstorbenen eingegangen ist.

Kriegsbekanntmachungen.

Kein Bedarf an warmer Unterkleidung für die Marine.

Berlin, 24. August. (W. T. B.) Die die Marineverwaltung mittel, ist für einen etwa kommenden Winterfeldzug der Bedarf der Marine an warmer Unterkleidung, namentlich an wollenen Unterjassen, wollenen Strümpfen, Leibwärmern, Kopfschuttern, Ohrenklappen, Wollwärmern, Anietwärmern, ferner an Pelzschuhen reichlich gedeckt.

Letzte Nachrichten.

Die französische Kammerkrise.

Paris, 24. August. (W. T. B.) Der Feldzug in der Presse für und gegen die Geheimnissagen in der Kammer dauert fort. „Figaro“ greift die Sozialisten und Radikalen hart an und erklärt, wenn die Kammer den Antrag auf Geheimnissagen annähme, würden die Sozialisten die absoluten Beherrscher der parlamentarischen Lage sein. Dann würde der paradoxe Fall eintreten, daß die Partei, deren Lehre durch den Krieg zunichte gemacht sei, in Kriegszeiten die Politik Frankreichs bestimme. Dann bestünde auch die Gefahr, daß die Republik im Sozialismus aufsche, „Radical“, das Organ der radikal-sozialistischen Partei, führt in einem von dem Berichterstatter des Heeresauschusses Senator Debierre gezeichneten Artikel aus, in jedem Ministerium, dem des Krieges, der Marine und des Auswärtigen müsse eine sachverständige energische Persönlichkeit an der Spitze stehen. Das Land habe unter der Unzulänglichkeit und Energielosigkeit der verschiedenen Abteilungen im Kriegsministerium genug gelitten. Das Parlament müsse wissen, wollen und wagen, um alles wieder ins reine zu bringen. „Koppel“ fordert, daß die Krisis schnellstens beigelegt werde. Man habe genug von dem Unbehagen. Alle Verträge um acht Tage jenseits Hintertüren ähnlich, welche die Regierung sich offen halte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Sieg der Organisation.

Zu den Wahrheiten, die der Krieg in die Köpfe jener Indifferenten gehämmert hat, die sich nie um den Organisationsgedanken gekümmert haben, gehört auch die, daß nur durch strikte Organisation allgemeine und tief eingewurzelte Schäden ausgerottet werden können. Der Sieg der Organisation hat sich offenbart. Alle diese Tausende, die seit Monaten in der Kriegsindustrie tätig sind, haben es erfahren müssen. Hüter und Behrer ihrer vitalsten Interessen war die Organisation. Staatliche Summen allein sind es bereits, die der Verband der Schneider Arbeiter und Arbeiterinnen glattweg gereicht hat. Seit Monaten wirkt die Organisation vor der Schlichtungskommission mit Geschick und Erfolg, um den Arbeitnehmern jene Löhne zu sichern, die das Kriegsbekleidungsamt ein für allemal festgesetzt hat. Hunderten von unzufriedenen und roten Frauen ist der Verband zur Seite gestanden und erhebliche Summen waren es, die in vielen Fällen ihnen durch dessen Unterstützung nachträglich zugeflossen sind. Zwanzig Fälle und mehr werden in jeder Sitzung unter Leitung des Magistratsrats v. Schulz erledigt. Nicht immer ist es leicht, die Klage in ein für die Arbeiter günstiges Resultat auszulassen zu lassen; denn nicht jeder Unternehmer und Zwischenmeister ist ohne weiteres zu überzeugen, daß er nun einmal die vom Kriegsbekleidungsamt festgesetzten Löhne zu zahlen habe. Selbst wenn die Klage schon erledigt ist, ereignet es sich, daß es noch zu Protesten gegen den gefällten Spruch kommt, wie es sich auch in der letzten Sitzung zeigte.

Ein Zwischenmeister war von seinen Arbeiterinnen auf den Reibtrag der zu wenig gezahlten Löhne verklagt worden. Er machte die Vorfirma regreßpflichtig und erklärte schriftlich, daß er nichts zu beanspruchen habe, wenn der Reibtrag an die Klagen der Arbeiterinnen gezahlt werde. Die Firma zahlte demgemäß die fällige Summe an den Verband der Schneider zu Händen Kunges als Vertreter der Kläger. Damit hätte die Sache erledigt sein können. Aber der Zwischenmeister erklärte nunmehr, der Verband habe ihn dupiziert, er wolle auch etwas von der Summe. Einmütig erklärte die Kommission, daß ihm gar nichts zustehe; die Vorfirma habe ihre Verpflichtung erfüllt und damit sei es gut.

Eine Frau Staebel klagte auf Nachtragszahlung gegen die Firma Goldenbaum u. Lichtenstein, über welchen Fall wir schon berichtet haben. Die Firma hat uns durch ihren Rechtsbeistand eine Richtigstellung geschickt, die nicht zureichend ist. Frau Staebel hat in der letzten Sitzung ihre Angaben nochmals festigt und wiederholt. Sie hat Waffenröcke geliefert zum Preise von 7,50 M., 7,25 M. und 7 M. Als ihr Mann zum Militär eingezogen wurde, habe ihr die Firma durch einen Angestellten sagen lassen, wenn sie die Arbeit nicht für 8 M. übernehmen wolle, so könne sie gehen, wie es ihr gehe, ihr Mann sei ja eingezogen, und Arbeiterinnen hätten sich genügend an. Für 6 M. hat Frau Staebel die Arbeit nicht gemacht, aber 50 Pf. sind ihr doch abgezogen worden. „Die Firma hat mich vor die Alternative gestellt, entweder oder!“ sagte die Frau vor der Schlichtungskommission. Die Sache wurde vertagt.

Eine weitere Klage richtete sich gegen die Firma Barshauer, die jedoch nicht vertreten war. Die Schlichtungskommission beschloß hierauf, sich an jene Bekleidungsämter zu wenden, von denen die betreffende Firma Aufträge erhielt, um Auskunft eingeholen über die Bedingungen, zu denen die Firma die Arbeiten übernommen hat, und unter welchen Bedingungen die Firma die Aufträge ausführen läßt. Ein Vertragsformular wird ebenfalls ausgeteilt. Die Firma Barshauer ist trotz zweimaliger Ladung nicht vor der Schlichtungskommission erschienen. Dies soll ebenfalls den Bekleidungsämtern mitgeteilt werden.

Weiter hat die Schlichtungskommission am Tage zuvor beschlossen: An der Verteilung von 75 Proz. zu 25 Proz. darf nicht gerüttelt werden.

Die Werkzeugmacher berieten am Montag ihre Branchenverbände. Eine Vertrauensmännerziehung hat sich mit den Löhnen beschäftigt und hat festgestellt, daß die Löhne für Werkzeugmacher nicht den jetzigen Lebensverhältnissen entsprechen. Diejenigen, die einen höheren Lohn erzielen, haben im besonderen Maße dem Ueberstundenhysterie. Nur dadurch ist es ihnen möglich, einen wirklich auskömmlichen Verdienst herauszuholen. Verschiedene Redner sprachen sich dahin aus, daß die Löhne, wie sie zurzeit aufzuweisen sind, bringend einer Regelung bedürfen, so daß auch ohne Ueberstunden ein annehmbares Auskommen gesichert wird. Streng verurteilt wurde auch, daß es Arbeiter gibt, die gegen Entgelt andere Arbeiter in Stellung bringen. Dagegen müsse eingeschritten werden.

Deutsches Reich.

Ablehnung einer Teuerungszulage.

Nicht allzu oft wird es vorkommen, daß Arbeiter eine Teuerungszulage ablehnen. Und doch ist dies jetzt in der Zeit der Teuerung und der Not und des Krieges vorgekommen. Noch dazu bei einer Firma, die aus den Kriegsbedürfnissen erhöhte Gewinne zieht. In der 450 Personen beschäftigtenen Schokoladenfabrik Richard Selbmann in Dresden wurden die Arbeiter schon im Frühjahr wegen einer Teuerungszulage vorstellig. Das Ersuchen wurde mit der Begründung abgelehnt, das Geschäft trage eine solche Belastung nicht. Wenn aber die Konkurrenz eine solche Zulage gebe, wolle man dies auch tun. Als nun die Organisationsleitung mit Erfolg an 20 andere Betriebe herangetreten war, erneuerte sie ihre Bitte auch bei der Firma Selbmann. Schließlich wurden denn auch den Arbeiterinnen, die unter 24 Pf. Stundenlohn haben, 2 Mark pro Monat zugelegt, die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen gingen leer aus. Nur 70 bis 75 Personen kommen für die Zulage in Frage.

Zu dieser wenig verständlichen Würdigung der Lage der Arbeiter nahm nun eine Versammlung der Betriebsarbeiterschaft Stellung. Einmütig wurde das „Kriegsgesetz“ abgelehnt, wobei nur die beteiligten Arbeiterinnen abstimmten. Die Versammlung ließ der Firma sagen, daß sie eine Kriegszulage von noch nicht 1/2 Pf. pro Stunde als eine Verhöhnung der Not der Arbeiter ansehen müsse und lieber weiterhungern wolle, statt dafür noch zu danken.

Das Verhalten der millionenteichen Firma wird zunächst bewirken, daß sich die der Organisation noch fernstehenden Betriebsarbeiter dieser nun ungefährnt anschließen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 309 der preussischen Armee enthält folgende Verluste:

1. Ingenieure-Inspektion (f. Feldfliegertruppe).
- Infanterie usw. Garde: 2. und 4. Garde-Regiment z. F.; Garde-Füsilier-Regiment; Grenadier-Regiment Elisabeth und Nr. 5; Garde-Jäger-Bataillon. Lehn-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 3, 4, 6, 7, 9, 10, 11, 12 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 260), 13, 16, 17, 26, 31, 34, 36, 37, 38, 40, 41, 43, 45, 49, 50, 51, 53, 56, 58, 59, 62, 63, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 74, 75, 79, 80, 81, 85 bis einschl. 89, 91, 92, 93, 95, 96, 98, 109, 116, 160, 162, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 174, 175, 176, 187, 220, 334, 342, 357 bis einschl. 361, 364, 368 bis einschl. 371 und v. Aurnatowski. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 2, 7, 11, 13, 19, 21 (f. Erf.-Inf.-Reg. Kellner), 28, 31, 32, 35, 39, 46, 61 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 342), 63, 68, 72, 77, 82, 84, 87, 91, 92, 110, 111, 116, 204, 206, 307, 211, 217, 219, 220, 221, 223, 224, 227, 238, 237, 250, 254, 255, 256, 257, 262, 265, 268, 269, 270. Ersatz-Infanterie-Regiment Kellner. Reserve-Ersatz-Infanterie-

Regiment Nr. 2 und 3. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 3, 9 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Tieg), 11, 21, 24, 32, 34, 36, 47, 48, 49, 53, 56, 61, 75, 80, 88, 110 und Tieg. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 17. Landwehr-Infanterie-Bataillon Königsberg Nr. 1. Brigade-Ersatz-Bataillone: 1. und 2. Nr. 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 358), Nr. 6 (f. Inf.-Reg. Nr. 357), 9 (f. Inf.-Reg. Nr. 359), 11 (f. Inf.-Reg. Nr. 360), 12 (f. Inf.-Reg. Nr. 359), 13 und 14 (f. Inf.-Reg. Nr. 360), 16 (f. Inf.-Reg. Nr. 361), 26 und 27 (f. Inf.-Reg. Nr. 360), 32 (f. Inf.-Reg. Nr. 364), 38 (f. Inf.-Reg. Nr. 365), 44 (f. Inf.-Reg. Nr. 371), 50 (f. Inf.-Reg. Nr. 358), 79 (f. Inf.-Reg. Nr. 370), 83 (f. Inf.-Reg. Nr. 371). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 9 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landsturm-Infanterie-Bataillone: I Alfenstein, Vartenstein (f. Landst.-Inf.-Bat. Wehlau), Gneisen, Goldap, I Goggenau, III Münster, II Reutheitz, I Saarlouis (f. Inf.-Reg. v. Aurnatowski), Wehlau. Zusammengesetztes Landsturm-Infanterie-Bataillon Varenwerder-Kaltenburg (f. Inf.-Reg. v. Aurnatowski). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 3. Hamburg und Nr. 10 des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 1, 8, 9; Reserve-Bataillone Nr. 3 und 20. Radfahrer-Komp. Nr. 54. Reserve-Bestellung-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2 (17. Armeekorps).

Savallerie: Kürassiere Nr. 5 (f. Feldfliegertruppe); Dragoner Nr. 12 und 20; Reserve-Kürassier Nr. 8; Regiment der 2. Garde-Infanterie-Division; Reserve-Ersatz-Eskadron des Gardekorps; 1. Landsturm-Eskadron des 10. Armeekorps; Reserve-Abteilungen Nr. 76 und 77.

Feldartillerie: Regiment Nr. 10, 23, 25, 28, 29, 51, 53, 57 (f. Landw.-Feldart.-Abt. der 4. Landw.-Division), 54; Reserve-Regiment Nr. 66; 1. Feldbatterie-Abteilung des 6. Armeekorps; Landwehr-Abteilung der 4. Landwehr-Division.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 1, 8, 11 (f. auch Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 5); Reserve-Regiment Nr. 5, 15, 17.

Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 18, 19, 20, 24, 25, 29, 30, 36; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. Nr. 3, I. und II. Nr. 4, I. Nr. 5, I. und II. Nr. 6, I. Nr. 7, I. und II. Nr. 8, II. Nr. 10, I. Nr. 15, I. und III. Nr. 16, II. Nr. 17, I. Nr. 21, I. Nr. 26, II. Nr. 27; Reserve-Bataillon Nr. 33; Ersatz-Bataillone Nr. 3 und 4; Kompagnien Nr. 104, 185, 209; Reserve-Kompagnie Nr. 88; 2. Landwehr-Kompagnie des 3. Armeekorps. Sturm-Abteilung. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 145; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 41.

Verkehrstruppen: Reserve-Fernsprech-Abteilung Nr. 1. Feldfliegertruppe. Etappen-Kraftwagenpark der Riesen-Armee. Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 1 des 2. Armeekorps.

Sanitätsformationen: Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 47. Reserve-Feldlazarett Nr. 70; Reserve-Lazarett Nr. 1 Saarbrücken. Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung der Riesen-Armee. Straßenbau-Kompagnie Nr. 43.

Die Liste Nr. 2 der aus Frankreich zurückgekehrten preussischen Austauschgefangenen wird veröffentlicht.

Die hanzersische Verlustliste Nr. 214 bringt Verluste des 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 11., 15., 16., 17., 19., 20., 21., 22., 23. und 25. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 10, 15, 16, 17, 20, 21; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 3, 4, 5, 7, 12; Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 3. (Schluß folgt.)

Aus Industrie und Handel.

Die Erneuerung des Kohlen-Syndikats.

Offen, 24. August. (B. Z. B.) Die Versammlung der Zechenbesitzer des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats, an der zwei Mitglieder der königlichen Bergwerksdirektion Redinghauen teilnahmen, setzte die Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats fort. Um den Wünschen einiger kleinerer Syndikatszweige nach Erhöhung der Beteiligung entgegenzukommen, wurde beschlossen, eine Beteiligung von insgesamt 500 000 Tonnen zur Verfügung zu stellen. Es soll versucht werden, eine Einigung über die Verteilung der Beteiligung unter den in Frage kommenden Zechen zu erzielen, und es wurde mit dieser Aufgabe Generaldirektor Bergasseffor Kleine beauftragt. Schließlich wurden auf Grund des Vorschlages des Erneuerungsausschusses, wonach diejenigen Zechen, die Vorverkaufte mit Händlern getätigt haben, die Verpflichtung übernehmen, diese Vorverkäufe für die Dauer des neuen Syndikatsvertrages durch das Syndikat oder seine Kohlenhandelsgesellschaften abwideln zu lassen, die für die Abwidlung dieser Verträge aufgestellten Grundzüge einstimmig angenommen.

In dem Bericht des Syndikats für den Juli heißt es: Die allgemeine Lage der Absatzverhältnisse hat sich im Berichtsmonat nicht wesentlich verändert. Der Absatz ist gegen den Vormonat in den Gesamtsummen durchweg gestiegen, während das arbeitsmäßige Durchschnittsergebnis wegen der größeren Zahl der Arbeitstage zurückgegangen ist. Der Gesamtabsatz der Kohlen einschließlich der für die abgelegten Koks- und Bräutlingen sowie der für die eigenen Betriebszwecke verwendeten Kohlen belief sich auf 8 739 939 Tonnen (gegen 8 319 888 Tonnen im Vormonat) und hat die erzielte Förderung von 6 567 151 Tonnen um 172 788 T. überschritten, welche Menge auf den Absatz aus den Lagerbeständen der Zechen entfällt.

Die neue Reichsanleihe.

Es wird offiziell mitgeteilt, daß die eben bewilligten zehn Milliarden Kriegsanleihe diesmal nur in Form von Reichsanleihen aufgelegt werden, d. h. daß kurzfristige Schatzanweisungen diesmal ausfallen. Zu welchem Kurs die Reichsanleihe aufgelegt wird, steht noch nicht fest.

Das Reichsbankdirektorium gibt bekannt, daß an die Zeichner der zweiten Kriegsanleihe wieder ein Teil der Reichsanleihe ausgegeben worden ist. Der Rest soll bis Ende Oktober zur Verteilung kommen. Die Zeichner werden gebeten, Geduld zu haben, da die Herstellung und Ausfertigung von annähernd sieben Millionen Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen außerordentlich große Arbeit erfordert.

Zum Verkehr mit Futtermitteln.

Berlin, 28. August. (B. Z. B.) Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin bringt zur Kenntnis, daß sie nasse Treber, sowie nasse oder gesäuerte Kartoffelpülpe bis zu der in einigen Tagen durchgeführten Regelung des Abzuges nicht beansprucht. Bis dahin bleiben also die genannten Futtermittel dem freien Verkehr überlassen. Betriebe mit Trocknungsanlagen sind jedoch schon jetzt zur Trocknung bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und zur Bereitstellung der Trockenerzeugnisse für die Bezugsvereinigung verpflichtet.

Kriegsgewinne.

Der Köln-Rüssener Bergwerks-Aktienverein erzielte einen Ueberflus von 588 126 M. gegen 283 644 M. im Vorjahre, woraus zunächst der Verlust vom Vorjahr in Höhe von 163 027 M. getilgt wird. Der Aufsichtsrat beschloß, zu Abschreibungen 393 099 M. gegen 100 000 M. im Vorjahre zu verwenden. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, aus den restlichen 90 000 M. auf die Talonsteuer, 25 000 M. zurückzustellen und 5000 Mark dem Unterstützungsfonds zuzuwenden. — Zum letzten Male wurde eine Dividende (4 1/2 Proz.) im Jahre 1907/08 verteilt.

Bei der Telefon-Akt.-Ges. vorm. J. Berliner in Hannover ist das Ergebnis für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1914/15 wie folgt: infolge des ausgezeichneten Geschäftsganges günstig. Die Dividende wird 16 Proz. gegen 10 Proz.

im Vorjahre und 12 Proz. für 1913/15 betragen. Die derzeitige Geschäftslage könne als gut bezeichnet werden.

New York — Japan.

Einem Telegramm der amerikanischen Botschaft in Tokio zufolge beabsichtigt die Nippon Yusen Kaisha einen monatlichen Dampferdienst zwischen New York und Japan über den Panamakanal einzuführen. Sechs Schiffe der Gesellschaft, die jetzt auf östlichen Routen fahren, werden in den neuen Dienst eingestellt. Sie werden aus Europa über Amerika und den Panamakanal nach Japan zurückkehren. Fünf Schiffe werden New York anlaufen und eins Philadelphia. Weitere sechs Schiffe sollen am 1. Mai 1916 in den Dienst eingestellt werden. Man beabsichtigt, während der Baumwollsaat Saison Gabelstetten anlaufen zu lassen. Auch Honolulu ist als Anlegeplatz in Aussicht genommen.

Soziales.

Dispens bei Heiraten und Adaptionen.

Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine preussische Verordnung, die den Justizminister ermächtigt, die Zuständigkeit zur Erteilung der Befreiung von der Vorschrift, daß eine Frau nicht vor der Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen darf, sowie von dem für die Annahme an Kindesstatt erforderlichen Alter, den Amtsgerichten zu übertragen.

Durch diese Verordnung wird der Weg zur Befreiung von den Altersverordnungen ein leichter. Zur Annahme an Kindesstatt ist nach § 1743 des B. G. B. erforderlich, daß der Adoptierende das 50. Lebensjahr vollendet habe und mindestens 18 Jahre älter sein muß als das Kind. Von diesen Altersverordnungen kann Befreiung bewilligt werden.

Pflichtgelder für Kriegswaisen.

fordert eine vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtete Eingabe. In der Begründung dieser Eingabe wird u. a. auf folgendes verwiesen: Die Dankbarkeit gegen unsere gefallenen Krieger legt uns die Pflicht auf, ihre Hinterbliebenen in ihrem Sinne zu erhalten. Nichts bedeutet aber so sehr ein Herabdrücken des gesamten häuslichen und Familienlebens, als wenn die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen wird. Auch legt die Abnahme der Geburtenrate, die durch den Krieg verursachte hohe Sterblichkeitsziffer und die Notwendigkeit, unser Volk nach Zahl und Tüchtigkeit auf der Höhe zu halten, uns die Pflicht auf, die Mütter, soweit möglich, für die Pflege und Erziehung ihrer kleinen Kinder freizustellen.

Im Interesse möglichst langer Stillens und guter Säuglingspflege sollten alle Mütter der Kriegsaltskinder wenigstens in deren ersten Lebensjahr nicht zum Erwerb gezwungen werden. Nicht minder liegt es im Interesse einer sorgfältigen Pflege und Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, daß ihnen die Mutter voll erhalten bleibt, während nach dem Eintritt in die Schule ein Teil der Erziehungspflichten an diese übergeht. Es werden dementsprechend Pflichtgelder für unbemittelte Kriegswitwen mit einem Säugling bis zu einem Jahr und Kriegswitwen mit zwei oder mehr Kindern, von denen mindestens eines noch nicht schulpflichtig ist, gefordert. Die Pflichtgelder seien nach dem Ortslohn für erwachsene männliche Tagelöhner in einer Höhe zu bemessen, die es der Mutter gestattet, ihre vollen Kräfte unter Ausschluß der Erwerbsarbeit auf die Pflege ihrer Kinder zu verwenden.

Dem Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen gehören eine Reihe Arbeiter- und Angestelltenverbände an sowie Frauen- und Fürsorgevereine; auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist im Ausschuss vertreten.

Berichtszeitung.

Diebstahl gegen einen Krieger.

Die von seltener Gemütsroheit zeugende Tat, einen armen ins Feld rüdenden Soldaten zu bestehlen, hat der vielfach vorbestrafte Joseph Krawczyk fertig gebracht, welcher gestern der zweiten Ferienstrammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Diebstahls im strafverhängenden Rückfalle zu verantworten.

Der Angeklagte gehört zu jenen Diebespezialisten, welche die Wartelände der großen Fernbahnhöfe unsicher machen und dort auf Opfer lauern. Am 6. Juli d. J. suchte er wieder ins Feld rüdender Kanonier den Bartelaa 4. Klasse des Schlesiener Bahnhofs auf. Er legte seinen Kufack, der die Diebesgaben seiner Freunde und Bekannten, wie Wollfächer, Zigarren und anderes enthielt einen Augenblick auf den Tisch, um sich eine Auskunft zu holen. Kaum hatte er den Rücken gewendet, als der Angeklagte, der offenbar schon auf der Lauer gelegen hatte, sich den Kufack aneignete und damit verschwand. Als er in einer Herberge seine Deute auspackte, wurde er verhaftet. — Er stellte sich dann noch heraus, daß er auch noch eine zweite Strafzeit auf dem Sterbholz hatte. Er hatte am 20. Mai von einem in der Langestraße haltenden Wagen einen Saal Rehl im Werte von 40 M. gestohlen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Zuchthaus. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, führte in der Urteilsbegründung aus, daß ein auf offener Straße verübter Diebstahl an sich schon höchst gemeingefährlich sei, ganz besonders nichtswürdig sei es aber, wenn der Angeklagte, der jetzt überall gutbezahlte Arbeit finden könne, einem armen Soldaten, der ins Feld ziehe, um fürs Vaterland zu kämpfen, die geringen Diebesgelder zu stehlen. Wegen dieser seltenen Gemütsroheit sei das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen und habe auf 3 Jahre Zuchthaus erkannt.

Entziehung aus der Fürsorgeerziehung.

Das Landgericht I hatte Frau Kaminski zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt, weil sie ihre Tochter Johanna der Fürsorgeerziehung entzogen habe. Folgender Tatbestand wurde fest festgestellt: Durch Beschluß des Amtsgerichts vom Jahre 1910 war die vorläufige Unterbringung der Kinder in Fürsorgeerziehung ausgesprochen worden. Ein Sohn und die Tochter Johanna kamen nach Strausberg in die Brandenburgische Erziehungsanstalt. Später wurden sie den Eltern veräußert in eigene Erziehung und Pflege zurückgegeben, ohne daß der Beschluß auf Unterbringung in Fürsorgeerziehung ganz aufgehoben wurde. Dann erging eine Verfügung, daß die Kinder in die Anstalt zurückgebracht werden sollten. Als ein Beamter bei Frau K. erschien, lag der Sohn krank im Bett und die Tochter Johanna war in der Schule. Frau K. teilte dies dem Beamten mit und versprach, Johanna nachher schicken zu wollen. Sie ging zur Schule und holte die Tochter dort ab, brachte sie aber nicht nach Hause, sondern wo anders hin. Auch verheimlichte sie der Behörde den Aufenthalt des Mädchens. Das Landgericht sah in dem Verhalten der Frau einen Fall der strafbaren Entziehung aus der Fürsorgeerziehung. Sie habe das Kind der Fürsorgeerziehung dadurch entzogen, daß sie die Tochter, die noch unter Fürsorgeerziehung stand und nur versuchsweise zu Hause war, trotz der Verfügung auf Wiederüberführung in die Anstalt anderweitig unterbrachte und den Aufenthalt verheimlichte.

Frau K. legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf gestern das Rechtsmittel. Paul Singer u. Co., Berlin SW, Sterzu 2 Betlagen u. Unterhaltung 261.

Aus belgischen Archiven.

Berlin, 24. August. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht den Abschluß ihrer Auszüge aus belgischen Archiven. Sie bemerkt dazu: Die Schlussreden der hier veröffentlichten Depeschen der belgischen Gesandten umfaßt die Zeit vom 7. November 1913 bis zum 2. Juli 1914. Sie beginnt mit einer Charakteristik des politischen Programms Sir Edward Grey's und schließt mit der Erwartung, daß Rußland sich nicht auf die Seite der Königsmörder von Sarajewo stellen werde. Zwischen diesen Daten liegen die Bemühungen der Ententemächte, die Eintrachtigung Deutschlands und seines österreichisch-ungarischen Verbündeten zum Abschluß zu bringen, die Tripelentente durch Heranziehung der Mächte zweiten Ranges zu erweitern und sich militärisch zu Wasser und zu Lande in übermächtiger Stellung den beiden isolierten Zentralmächten entgegenzusetzen.

Im Sommer 1913 kam auf Einladung der russischen Regierung eine größere Abordnung französischer Offiziere verschiedener Truppenteile und Rangstellungen unter Führung des Generalstabschefs Generals Joffre nach Petersburg mit der deutschen Absicht, die Kriegsbereitschaft der russischen Armee zu prüfen und zu kontrollieren. Bald nach diesem Besuche wurde bekannt, daß französischerseits bestimmte Wünsche ausgesprochen worden waren, welche auf eine Erhöhung der Offensivkraft der russischen Armee hingingen, und daß die Zulassung der neuen russischen Anleihe in Paris von der Erfüllung dieser Wünsche abhängig gemacht worden sei. Es handelte sich hauptsächlich um den von Frankreich verlangten Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes in Polen. Abgesehen von diesen Bahnbauten soll die russische Heeresleitung auf französische Drängen auch eingewilligt haben, die Aufmarschlinie der russischen Armee, welche im Jahre 1910 für den Fall eines Krieges mit Deutschland nach Osten zurückverlegt worden war, wieder weiter nach Westen vorzuschieben und dementsprechend mehr Truppen in Polen zu bilogieren. Im November erschien Herr Kolozew in Paris und brachte die Anleihe zum Abschluß, was mit der Annahme der französischerseits gestellten Bedingungen gleichbedeutend war.

Gerade als sich Herr Kolozew auf der Rückreise in Berlin befand, um den im Jahre 1912 vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Petersburg gemachten Besuch zu erwidern, traf aus Petersburg die Nachricht über die Bestimmung ein, welche die Ernennung des Generals Liman v. Sanders zum Kommandeur des ersten türkischen Armeekorps in Petersburg hervorgerufen hatte. Die dem russischen Ministerpräsidenten hier gegebenen Aufklärungen schienen ihn zu beruhigen. In Petersburg aber behauptete man, daß Deutschland durch die Uebernahme eines aktiven Kommandos in Konstantinopel durch einen deutschen General einen übermächtigen Einfluß in der Türkei erlangt habe. Der Streit, der sich über die Frage unserer Militärmission in der Türkei entspann, nahm bald einen bedenklichen Charakter an, da die russische Presse, welche durch Indispositionen von Einzelheiten der mit den russischen Staatsmännern gepflogenen vertraulichen Besprechungen Kenntnis erhalten hatte, sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, um die öffentliche Meinung Rußlands in der gefährlichsten Weise gegen Deutschland aufzukleben. Die Stellungnahme der russischen Regierung mußte in Deutschland einen um so peinlicheren Eindruck machen, als die türkische Regierung die Reorganisation ihrer Flotte einem englischen Admiral übertragen hatte, und dieser, der außer der türkischen Flotte auch alle Marineanstalten in der Türkei unter sein Kommando bekam, dadurch zum mindesten den gleichen politischen Einfluß erlangte wie der deutsche kommandierende General eines türkischen Korps. Das hinderte aber Sir E. Grey nicht, die russischen Vorstellungen in Konstantinopel zu unterstützen.

Gegen Ende Januar 1914 konnte dieser Liman-Konflikt als erledigt betrachtet werden, aber er hatte an einem drastischen Beispiel gezeigt, wie wenig das offizielle Rußland dem Drängen der panslawistischen Presse und den schon damals zum Kriege drängenden Parteilagen zu widerstehen fähig war. Auch hatte sich der Sturm wegen der Militärmission kaum gelegt, als sich der Duma-Abgeordnete Schingarew in der Budgetkommission die dreifache Zustimmung erlaubte, Deutschland habe im Jahre 1904, um bessere Handelsvertragsbedingungen zu erreichen, Rußland internationale Schwierigkeiten bereitet. Kein einziger Regierungsvertreter fand es für gut, diese unerhörte Geschichtsfälschung richtigzustellen, vielmehr wurden die „drückenden Bedingungen des Handelsvertrages mit Deutschland“ ein neues Thema für die wilden Hegerien der Nationalisten. Ihnen gelang es mehr und mehr, die Atmosphäre zwischen Deutschland und Rußland zu vergiften und so den Bruch mit Deutschland vorzubereiten.

Eine Rede, in der Esajasow am 23. Mai das Programm seiner Politik darlegte, brachte der Welt die erste offizielle Mitteilung, daß die auswärtige Politik Englands, Rußlands und Frankreichs durch Beratungen Sir Edward Grey's mit den Vorkämpfern der beiden Ententegenossen einhellig geleitet wurde. Die Entente hatte sich bereits zu einer Art Staatenbund verdrichtet.

Auch die Monarchenreisen der Entente in diesem Zeitabschnitt trugen einen bedeutsamen Charakter. Am 21. April trafen König Georg V. und Gemahlin in Paris ein. Sir Edward Grey begleitete sie und auf seiner Zusammenkunft mit Doumergue wurde im Prinzip vereinbart, die zwischen Rußland und Frankreich bestehenden militärpolitischen Abmachungen durch entsprechende Abmachungen zwischen England und Rußland zu ergänzen. Zwischen Frankreich und England bestanden sie bereits.

Am 14. Juni besuchte der Zar König Karl von Rumänien, dem er schon vorher den russischen Feldmarschallstab geschickt hatte, mit der offenkundigen Absicht, ihn für die Politik der Ententemächte zu gewinnen. Noch bedeutamer war der Besuch, den der Präsident Poincaré in Begleitung von Herrn Biviani am 20. Juli in Petersburg abstatte. Auch der Chef der politischen Anleihe de Rogerie, der Vizeadmiral le Bris und der Chef des Militärkabinetts Beaudemoulin haben ihn begleitet. Die Toaste, die bei dieser Gelegenheit gesprochen wurden, galten dem europäischen Gleichgewicht, d. h. der Wiederherstellung Deutschlands.

Erwähnt sei noch zum Schluß, daß gerade damals England, Frankreich und Rußland schweren inneren Krisen gegenüberstanden. In allen drei Reichen aber hat die Opposition den Regierungen nicht die ungeheuren Mittel versagt, die sie zur Durchführung verstärkter Rüstungen brauchte. Es war hier wie dort ein Auseinandergehen in inneren Fragen und ein Zusammenstehen im Hinblick auf den Krieg, der überall vorbereitet wurde. Die belgischen Gesandten haben alle diese Dinge mit Besorgnis verfolgt.

Graf Palafox läßt keinen Zweifel darüber, daß er in dem politischen Programm Grey's eine Gefahr für die schwachen Staaten sieht; er erkennt, daß England die Unpopularität der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich mit Sorge verfolgt, konstatiert aber, daß nach dem Sturz Barthous sein Nachfolger Doumergue sofort in das früher von ihm bekämpfte Programm eintritt und für Weiterentwicklung der Entente cordiale und für Stärkung der Alliance franco-russe zu arbeiten verspricht.

Aus Anlaß der für Einführung der drei Jahre agitierenden Gruppe Ribot schreibt im gleichen Sinne Baron Guillaume am 16. Januar 1914: „Es scheint mir sicher, daß wir mehr Interesse daran hätten, die Politik des Herrn Caillaux — der Radikalen und radikalen Sozialisten erfolgreich zu sehen. Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalpolitische, militärische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererleben wir festgestell haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht,

nicht als ob ich zu der Annahme berechtigt wäre, daß die französische Regierung vorzüglich den Frieden fördern will — ich glaube eher das Gegenteil —, sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou meiner Ansicht nach das Anschwellen militaristischer Reigungen in Deutschland herbeigerufen hat.“

„Es ist“, schreibt der Gesandte am 10. März, „für niemand ein Geheimnis, daß der Sturz des Kabinetts Barthou dem Präsidenten der Republik sehr peinlich war. Er war sich über seine Bedeutung nicht im unklaren und verstand genau, daß seine eigene Person gemeint war. Der Umstand, daß er sich infolge des Abfalls einiger politischer Persönlichkeiten, auf die er rechnen zu können glaubte, gezwungen sah, die Macht Herrn Caillaux zu übertragen, indem er sie nominell Herrn Doumergue anvertraute, hat ihn stark verstimmt.“ Er sah darin einen Misserfolg der militärischen und nationalpolitischen Politik, die er systematisch schon seit dem Tage verfolgt, an dem er als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung gestellt worden war.

Zusammen mit den Herren Delcassé, Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politische und militärische Wiederherstellung Frankreichs im Verein mit der Schaffung engerer und vertrauensvollerer Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach St. Petersburg, in einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren.

Er schickte kürzlich Herrn Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten der französisch-russischen Alliance zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Begrößerung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen.“

Anläßlich des Besuchs des englischen Königs paares in Paris zeigt Baron Dehens in einer Depesche vom 24. April aus Berlin, daß der Einfluß Jadowlfs auf die französische Politik sogar Herrn Cambon lästig geworden sei. Er spricht die Hoffnung aus, „daß der intrigante Diplomat den Jaren bald in London vertreten wird“. Von größtem Interesse aber ist eine Bemerkung in dem Bericht, die der Frage gewidmet ist, ob im Falle eines deutsch-französischen Krieges England an die Seite Frankreichs treten werde. Baron Dehens schreibt: „Wir hatten den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden war. Würde es heute noch ebenso sein und müßten wir immer noch befürchten, daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um und in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein kompromittieren?“

Deutlicher konnte es gar nicht ausgesprochen werden, daß sich die belgische Regierung dessen bewußt war, daß für die von dem englischen Generalstab im Einvernehmen mit der französischen Heeresleitung geplante englische Landung in Belgien der Schutz der belgischen Neutralität nur einen Vorwand bildete. Daß dieses Eingeständnis gerade aus dem Munde Baron Dehens' kommt, entbehrt aus dem Grunde nicht des komischen Beigeschmacks, weil der jetzige belgische Minister des Aeußeren kürzlich in der „Nouveaux deuz Mondes“ in einem an gefälligen Angriffen und Verdächtigungen strotzenden Artikel über die belgische Neutralität die Schuldlosigkeit der belgischen Regierung nachzuweisen versucht hat.

Interessant ist auch ein Bericht Baron Guillaume vom 8. Mai. Er schildert sehr zutreffend die Stimmung, aus der drei Monate später der Krieg erwuchs. Er schreibt: „Anstrengung ist die französische Nation in diesen letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, die vor zwei Jahren sehr lebhaft Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmen jetzt einen anderen Ton an; sie behaupten des Sieges gewiß zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigen tatsächlich wirklich vorhandenen Fortschritten, die die französische Armee gemacht hat, und behaupten sicher zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu lassen, mobilzumachen, Truppen zusammenzusetzen und sich auf seinen weichen Rücken zu stützen.“

Ein erfahrener und hochgestellter Diplomat sagte neulich: „Wenn sich jetzt plötzlich eines Tages ein ernstes Zwischenfall zwischen Frankreich und Deutschland ereignet, so werden die Staatsleute beider Länder sich bemühen müssen, ihn innerhalb der nächsten drei Tage eine friedliche Lösung zu geben, oder es gibt Aries.“

Eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Geheh der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.“

Am 9. Juni wirft Baron Guillaume unter Hinweis auf die Agitation für die dreijährige Dienstpflicht die Frage auf: Ist es wahr, daß das Petersburger Kabinett das Land zur Annahme des Gehebes über die dreijährige Dienstzeit gedrängt hat und heute seine Aufrechterhaltung mit seinem ganzen Gewicht verlangt?

Es ist mir nicht gelungen, über diesen heiklen Punkt Aufklärungen zu erhalten, aber er wäre von um so ernsterer Bedeutung, als die Männer, die die Geschicke des Jarenreiches lenken, wissen müssen, daß die dem französischen Volke zugemutete Anstrengung zu groß ist und nicht lange andauern kann. Sollte sich daher vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Ueberzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, daß man sich des Werkzeuges bedienen könnte, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?“

Um dieselbe Zeit sprach Baron Dehens sich sehr bestimmt dahin aus, daß das Scheitern des Dreijähriges vom belgischen Standpunkte aus als ein Glück zu bezeichnen wäre. „Das würde“, schreibt er, „mehr als alles andere dazu beitragen, von unseren Grenzen die Gefahren eines Krieges fernzubalten, dessen Folgen wir ohne Rücksicht auf seinen Ausgang fürchten müssen, sowie dazu, im Westen Europas wieder eine gesicherte Lage zu schaffen.“

Die letzte der belgischen Depeschen und zugleich die letzte unserer Publikation datiert vom 2. Juli und betrifft die von Oesterreich-Ungarn an Serbien gerichteten Forderungen aus Anlaß der Ermordung des Erzherzogthronfolgers. Der Gesandte zweifelt nicht an der Richtigkeit des serbischen Kabinetts, „daß die Augen schloß, um den Herd anarchistischer Propaganda nicht zu sehen“, fürchte aber, daß aus einer Ablehnung der von Oesterreich-Ungarn verlangten Genugtuung ein Konflikt entstehen könnte.

„In Berlin sagt man, Serbien werde es nur dann soweit kommen lassen, wenn es sich von Rußland gestützt fühlte, aber die Regierung des Jaren werde es nicht unterstützen, denn sie muß selbst den Absehn und die Furcht teilen, die das Verbrechen der Königsmörder von Sarajewo hervorgerufen hat.“

Das hat man nicht allgemein in Berlin gesagt. Man war in Petersburg seit langen Jahren gewohnt, mit politischen Worten außerhalb Rußlands zu diskutieren. Der monarchische Gedanke spielte in der Politik nicht mehr mit, er war von den panslawistischen Leidenschaftlichen völlig in den Hintergrund getreten. Das war es, was den Weltkrieg unvermeidlich gemacht hat. Frankreich und England aber mußten sich dem Vorschlag der serbischen Nordpfeiler an die Seite stellen. Das war das Ergebnis der Politik, die sie aus Haß gegen Deutschland durch ein Jahrzehnt getrieben hatten.

Ueberblickt man in Gedanken noch einmal die lange Reihe der belgischen Depeschen, so geben sie und den blühigen Beweis, daß diese kühl beobachtenden Diplomaten eine klare Vorstellung davon hatten, daß ein Kontinentalkrieg eine ernste Gefahr für ihr Vaterland bedeute; daß Deutschland alles, was an ihm liege, getan habe, um ihn zu verhindern, daß das französische Volk ihn nicht wolle, aber von ehrgeizigen Politikern in einen Zustand überhitzter, chauvinistischer Leidenschaft veretzt worden sei, die ruhige Ueberlegenheit auslösche; daß ebenso in Rußland der Ehrgeiz und die Rachsucht Jadowlfs, sowie die panslawistische, deutschfeindliche Presse einen Konflikt vorbereite und daß endlich die von König Eduard VII. eingeleitete, von Sir E. Grey fortgesetzte Politik diese Entwicklungen herbeigeführt und ihnen als Rückhalt gedient habe.

Es war ein Unglück für Belgien, daß es diesen Stimmen kein Gehör schenkte und die ihm zugedachte deutsche Hand nicht ergriff, die bereit war und die Kraft hatte, dem Lande inmitten des Weltkrieges den Frieden und die Zukunft zu sichern.

Pressstimmen über Davids Rede

„Bosische Zeitung“:

„Der erste Redner aus dem Hause war der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David. An deren Schluß stand die Zustimmung seiner Partei zu den geforderten Krediten; aber schon, was diesem Schluß vorausging, ließ keinen Zweifel, daß sie nicht anders schließen könne. Wohl wurden Klagen vorgebracht, auf deren Abstellung gedrungen wurde, aber daneben fehlte nicht der Ausdruck des Stolzes und der Bewunderung für die Taten unserer Heere, fehlte nicht der heiße Dank an unsere Truppen, fehlte nicht der Hinweis, daß unsere Feinde noch immer nicht zum Frieden geneigt seien, und uns deshalb nichts übrig bleibe, als sie zu diesem Frieden zu zwingen. Und wenn der sozialdemokratische Redner seinen Blick in die Zeit nach dem Kriege tauchen ließ und die Gewährung staatlicher Gleichberechtigung verlangte, so wird man dieses Friedensziel nur gutheißen können.“

„Berliner Tageblatt“:

„Die Reden aus dem Hause eröffnete für die Sozialdemokratie Dr. David mit einem klugen und warmherzigen Bekenntnis zu der Politik des 4. August vorigen Jahres. Er forderte im Namen seiner Partei einen ehrenvollen Frieden, verschloß sich aber der Erkenntnis nicht, daß die Friedenssehnsucht nur auf dem Wege weiterer deutscher Waffenerfolge gestillt werden kann, die unsere Gegner von unserer Unüberwindlichkeit überzeugen. Seine Erklärung, daß die Sozialdemokratie auch diesmal den Kriegskrediten zustimme, fand im ganzen Hause lebhaften Beifall.“

„Arens-Zeitung“:

„Aus den Reden, die aus dem Hause gehalten wurden, und die, erfreulicherweise nach keiner Richtung hin provozierend, der Sozialdemokrat David begann, ist die allgemeine Entschlußfreudigkeit für kraftvolle Fortführung des Krieges, auch in finanziellem Sinne, bereits hervorgehoben worden.“

„Deutsche Tages-Zeitung“:

„Die nun folgende Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David gibt zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Auch er war der Meinung, daß das deutsche Volk unbedingt ausharren müsse, daß wohl auf möglichst baldige Beendigung des Krieges hingewirkt werden solle, daß daran aber nur zu denken sei, wenn unsere Feinde zum Frieden geneigt seien; das sei bisher nicht der Fall. Wenn aber das Volk ausharren solle, dann müsse auch die berechtigte Kritik zum Ausdruck kommen und gehört werden; und es müsse weiter mit aller Kraft dafür gefordert werden, daß dem Volke draußen und drinnen seine körperliche und seelische Kraft erhalten bleibe, was nur möglich sei, wenn begründete Klagen gehört und die Ursachen dazu beseitigt würden.“

„Berliner Morgenpost“:

„Auch alle übrigen Reden waren vom Geist ruhiger ernster Sachlichkeit getragen und auf den Ton prächtvoller Einmütigkeit und herzlicher Persönlichkeit gestimmt. Gleich der erste Redner aus dem Hause, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David, löste starken Beifall, als er mit einem schönen vaterländischen Gefühl, ausbruch unserer herrlichen Truppen den Dank abstattete und die Hoffnung auf einen ehrenvollen Frieden aussprach. Der von dem sozialdemokratischen Redner irgendeine Sensation erwartet hatte, sah sich getäuscht. In kurzen Worten verlangte er, daß dieser Dank an das Heer nicht in bloßen Worten, sondern in ausreichender Fürsorge bestehen und dem Volke nach dem Kriege auch innerpolitische Freiheiten bringen müsse. Scharfe Worte fand er nur gegen die Preistreibereien auf dem Lebensmittelmarkt.“

Freiherr v. Seidl in der „Post“:

„Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten David läßt ferner deutlich erkennen, welchen Abschluß der Streit innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vielleicht auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei überhaupt in der der Reichstagsdebatte vorausgegangenem Verhandlung der Reichstagsfraktion mit dem Parteienauschuß gefunden hat. Schon daß nicht, wie bisher, der Fraktions- und Parteivorstehende Haase, sondern der äußersten Rechten der Partei angehörende Abgeordnete David diesmal die Rede hielt, läßt darauf schließen, daß die radikale Minderheit sich dem Bloß vom 4. August v. J. unterworfen hat. Noch deutlicher tritt dies in Ton und Inhalt der Davidischen Rede hervor. Sie unterscheidet sich in der Tat, wie der „Vorwärts“, dessen Redakteure ja zum großen Teil zu der radikalen Minderheit gehören, selbst hervorhebt, kaum noch von den Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien. Der abweichende Standpunkt der Sozialdemokratie in bezug auf das Kriegs- und Friedensziel wird in dieser Rede nur soweit gestreift, als dies aus Rücksicht der politischen Kontinuität und des politischen Anstandes unbedingt notwendig war. Man darf hiernach auf den vollen Sieg des Augustblocks in jenen Verhandlungen schließen. Die radikale Minderheit hat sich anscheinend zum Nachgeben in der Ueberzeugung entschlossen, daß ihre Trennung von der Mehrheit der Reichstagsfraktion gleichbedeutend mit ihrer völligen Isolierung sein würde. Die Minderheit hat wohl endlich erkannt, daß die große Masse der Anhänger der Sozialdemokratie, insbesondere diejenigen, welche im Felde stehen, nicht hinter ihr, sondern hinter dem Augustblock, wahrscheinlich sogar hinter denjenigen Männern innerhalb der Sozialdemokratie steht, die auch in bezug auf das Kriegsziel sich offen zu Anschauungen bekennen, welche denen der bürgerlichen Parteien sehr nahe stehen.“

Dr. Hugo Böttger im „Tag“:

„Hocherfreulich war die Einmütigkeit der Volksvertretung sowohl in der Beurteilung der Kriegslage, im Vertrauen zur Heere- und Staatsführung, als auch in dem Entschlusse, ohne jeden Einspruch zu gewähren, was verlangt wurde. Die Sozialdemokratie, deren vaterländische Haltung bei ihren maßgebenden Bestandteilen zweifelsfrei ist, gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir nicht noch einmal eine Kriegskreditvorlage zu verabschieden brauchen. Das ist, wie ich annehme, als eine Erwartung baldigen ehrenvollen und gewinnbringenden Friedens aufzufassen, wonach wir einer neuen Kreditanspannung wohl entzogen könnten. Indessen die neue Kreditvorlage selbst und auch die scharfen Worte unserer Staatsmänner gegen die Minister und Diplomaten der feindlichen Mächte lassen auf ein baldiges Ende der Kriegswirren nicht schließen, und geht dann auch das zweite, schwerere Kriegsjahr vorbei, und sollte das Reich wiederum Geld zur Kriegführung brauchen, so wird auch die Sozialdemokratie den Wagen nicht kurz vor dem Ziele stehen lassen. Dessen sind wir alle gewiß.“

Aus Groß-Berlin.

Vom Stralauer Fischzug.

Interessante Aufklärungen über den Stralauer Fischzug gibt auf Grund antiker Urkunden der Oberlehrer Dr. Richard Lohmann. Hiernach ist der Fischzug, bis in die siebziger Jahre hinein vielleicht das größte alljährliche Berliner Volksfest, keineswegs wendischen Ursprungs gewesen wie die ältesten Anfechtungen in der Stralauer und Treptower Gegend. Vielmehr stammt das Fest daher, daß der Stralauer Pfarrer zur Verbesserung seines schmalen Einkommens den Ertrag eines Fischzuges erhielt, der am Tage des Schutzheiligen Bartholomäus, also am Kirchweihstage, abgehalten wurde.

Die Stralauer Kirche ist nach dem Altberliner Forscher Nicolai 1464 erbaut, 1574 wird der Fischzug urkundlich zum ersten Male erwähnt. Vom Ende des 18. Jahrhunderts ab bis in die vierziger Jahre des 19. hinein betätigte sich sogar der Hof regelmäßig an diesem Fest. Im Jahre 1841 zählte man mehr als 50000 Besucher. Dann verrohte das Fest immer mehr. Selbst der Stralauer Friedhof wurde der Schauplatz müßiger Orgien, wie man aus zahlreichen satirischen Gedichten dieser Zeit erfährt. Offiziell wurde das Fest im Jahre 1873 aufgehoben, weil der Festplatz, der damals am Mümmelsburger See lag, angeblich anderweitig gebraucht wurde. Die Stralauer Gastwirte an der Spreeseite sträubten sich aber noch viele Jahre lang gegen die Abschneidung ihres Geschäfts, bis sie vor einigen Jahren endgültig einsehen, daß mit der glänzenden Restaurationskonkurrenz gegenüber in Treptow nicht mehr mitzukommen war. Um den Fischzug ist es nicht schade, aber das, namentlich in seinem hinteren Teile, vom Sauch der neuen Zeit wenig berührte Dörfchen Stralau ist eines Besuches von Sonntagsausflüglern, die nicht weit fahren oder marschieren wollen, immer noch wert. Der Stralauer Friedhof ist einer der schönsten in der Umgebung Berlins, von der äußersten Landspitze aus, wo die Fähre anlegt, die vom Berliner Magistrat schon vor hundert Jahren eingerichtet war, genießt man einen sehr schönen Ausblick.

Als Andenken an den nunmehr zu Grabe getragenen Stralauer Fischzug wird im Treptower Archiv eine Denkmünze aufbewahrt, die auf der einen Seite die Inschrift trägt: „Zu Wasser und zu Lande geht's heute nach Stralows Strand 1830“ und auf der anderen Seite das Datum des 24. August mit der Abbildung des damaligen städtischen Treptower Gasthauses und der Ueberschrift „Wirt Treptow“.

Gemüseverkauf nach Gewicht.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir folgende Notiz: „Daß der Verkauf des grünen Gemüses nach Gewicht, statt, wie beabsichtigt, eine Verbilligung, eine Erhöhung der Preise gebracht hat, dafür noch einige eklatante Fälle, wie sie jetzt tagtäglich in der Zentralmarkthalle und auf anderen Märkten beobachtet werden können. Für eine Kiepe Weißkohl zum Beispiel werden 75 Pf. gefordert; der Käufer will aber nach Gewicht kaufen, seinem Verlangen wird willfahrt, und nun kostet die gleiche Kiepe 1,25 M. Eine Mandel Kohlrabi kostet 35 Pf. Da der Käufer aber nach Gewicht zu kaufen verlangt, so kostet das gleiche Quantum 75 Pf., also eine Preiserhöhung um mehr als 100 Prozent, und das, ohne daß der Zwischenhandel daran schuld wäre! Eine weitere Folge der Neuordnung ist die, daß die geringere Ware, die namentlich zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Gemüse diente, nun nicht mehr veräußert ist. Bisher kauften Händler — meistens ältere Frauen, Höferinnen — den Abraum der Kohlfuhr, die kleineren, unansehnlichen Stücke, die aber trotzdem in der Qualität gut ist. Diese kleinen Köpfe wurden zu 15 und mehr in eine Kiepe gepackt und die Kiepe zu 40 bis 50 Pfennig an die Händlerinnen verkauft. Im Wiederverkauf kosteten dann zwei bis drei Köpfe nur 10 Pfennig. Also eine billige und gesunde Gemüseversorgung. Jetzt lehnen die Höferinnen dieses Geschäft vollständig ab, da sie nicht die Zeit und auch nicht die Gewandtheit haben, den Verkauf dieser kleinen Ware nach Gewicht vorzunehmen, und die Aufstellung von Hilfskräften sich nicht lohnt. Man sieht: mag die Einführung des Gewichtverkaufs beim Gemüse noch so gut gemeint gewesen sein, der Erfolg der Maßregel entspricht doch kaum den Erwartungen!“

Uns gehen Zuschriften zu, in denen über die außerordentlich großen Preisunterschiede für Gemüse lebhaft Klage geführt wird. Für Kohl werden Preise von 5 Pf. bis 20 Pf. pro Pfund, für grüne Gurken 15 Pf., für Kohlrabi gleichfalls 15 Pf. pro Pfund verlangt.

Billigeres Brot — in Weihen.

Der Ernährungsausschuß für Stadt und Amtshauptmannschaft Weihen hat in seiner am 19. August abgehaltenen Sitzung folgende Preise festgesetzt: 25 Pf. Roggenmehl 1. Sorte, 20 Pf. Roggenmehl 2. Sorte, 15 Pf. Weizenmehl 35 Pf. Im Einzelhandel sind für das Pfund Roggenmehl 18 Pf., für Weizenmehl 20 Pf. zu zahlen. Dem entsprechend wird der Brotpreis um 10 Pf. bezw. 12 Pf. für das Bierpfundbrot herabgesetzt. Das Bierpfundbrot kostet ab 4. September 62 Pf. und ab 1. Oktober 60 Pf.

Höchstpreise hat der Magistrat von Küstrin festgesetzt, die für 1 Pfd. Landbutter 1,70 M., für 1 Pfd. Molkereibutter 1,90 M., für 1 Liter Vollmilch 21 Pf. (1/2 Liter 11 Pf.), für 16 Stück Eier 1,90 M. betragen. — In Spremberg ist das ebenfalls geschehen. Hier beträgt der Höchstpreis für Landbutter 1,80 M., für Molkereibutter 1,90 M., für Milch 22 Pf., für Eier pro Mandel 1,80 M.

Sozialdemokraten für die Schuldeputation bestätigt.

Die im vorigen Jahre von der Stadtverordnetenversammlung zu Lichtenberg vorgenommene Wahl der Genossen Johnson und Peterhensel zu Mitgliedern der Schuldeputation ist nunmehr von der Regierung bestätigt worden.

Ein tödlicher Unfall.

Ein Opfer seines Berufs ist der Eisenbahnarbeiter Schönig aus Niederhönnebecke geworden. Schönig war in der Nacht zum Dienstag auf dem Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau damit beschäftigt, zwei Wagen zusammenzufügen. Dabei geriet er zwischen die Buffer und erlitt so starke Brustquetschungen, daß der herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

Totgefahren.

Unter den Linden überfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 11 Jahre alte Sohn Franz des Grünrammhändlers Andres aus der Götzenstr. 11. Der Knabe fuhr mit einem Handwagen vom Brandenburger Tor über den südlichen Jahrbaum in der Richtung nach dem Schlosse zu und ging zwischen den beiden Stoßstangen. Ihm folgte der Aufsitzer Paul Leu aus der Ledderstraße in Weihen mit einem zweispännigen Arbeitswagen. Nicht weit hinter der Kreuzung der Wilhelmstraße, gegenüber dem Kultus-

ministerium, fuhr Leu den Handwagen so heftig an, daß er mit seinem Führer nach links herumfiel. Dabei fiel der Knabe so unglücklich hin, daß er unter dem Arbeitswagen geriet, und bevor dieser zum Stehen gebracht war, ging ihm ein Rad gerade über den Hals. Der Verunglückte blieb auf der Stelle tot liegen. Die Leiche wurde von einem Schutzmann mit einer Droschke nach dem Schauhaus gebracht.

Nach 11 Monaten Nachricht.

Eine Kriegerfrau aus der Aderstraße teilt uns mit, daß auch sie von ihrem in russischer Gefangenschaft befindlichen Mann nach 11 Monaten erst Nachricht bekommen habe. Seit dem 25. September vorigen Jahres war der Mann wie verschwunden. Wie sich jetzt herausstellt, war er nach Tschita in Sibirien gebracht worden. Ein am 30. Januar geschriebener Brief ist am 30. Juli an die Angehörigen angekommen, war also 1/2 Jahr unterwegs. Und doch freuten sich die Angehörigen, überhaupt Nachricht zu erhalten. Standesamtlich ist es ja, daß die Verbindung der in russischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen mit ihren Angehörigen so schwer gemacht ist. Welche seelische Leiden löst die furchtbare Ungewißheit bei den Angehörigen aus? Diese Ungewißheit ist schlimmer als die noch so schwere aber bestimmte Nachricht, daß der Vater oder der Sohn da oder dort gefallen ist.

Zuschneidetursum für Kriegerfrauen. Die Zuschneideakademie Rudolf Maurer, Friedrichstr. 65a, hat dem Schneiderverband den Vorschlag unterbreitet, für Frauen von Mitgliedern des Schneiderverbandes, welche Damenarbeiten zuschneiden lernen wollen, einen unentgeltlichen Kursus zu veranstalten. Frauen, welche an diesem Kursus teilnehmen wollen, können sich auf dem Bureau des Verbandes der Schneider, Berlin, Sebastianstr. 87/88, während der Sprechstunden vormittags 9—1 Uhr melden.

Krieg gegen Kriegerfrauen. Herr Anal, Lützowstr. 4, Besitzer mehrerer Häuser, der den von uns veröffentlichten Brief an eine in seinem Hause in der Diefenthaler Straße wohnende Kriegerfrau geschrieben hat, schickt uns ein längeres Schreiben, in dem er darzutun versucht, welche großen Verluste er infolge des Krieges schon gehabt habe und noch habe. Dadurch sei er in eine Stimmung hineingerufen worden, die in dem von uns gekennzeichneten Brief ihren letzten Ausdruck gefunden habe, er sei aber nicht würdig zu nehmen. Dann hätte Herr Anal sich aber auch klar machen sollen, welche Stimmung und Wirkung sein Brief auf eine Kriegerfrau und schließlich auch auf den im Felde stehenden Ehemann auslösen muß.

Preise der Lebensmittel in Groß-Berlin. Zu den Angaben in Nr. 233 über die bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung gezahlten Lebensmittelpreise ist zu berücksichtigen, daß der Heringspreis sich für Mitte August 1914 auf zwei Stück (18 Pf.), für Mitte August 1915 auf ein Stück (11 Pf.) bezieht. Auch für Heringe ist hiernach der Preis im August dieses Jahres höher als um dieselbe Zeit des vorigen Jahres.

Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule. Es sei daran erinnert, daß die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule jeden Donnerstags abends von 8—9 Uhr geöffnet ist. Die Benutzung der Bibliothek steht den Teilnehmern der früheren Kurse gegen Vorzeigung der Teilnehmerkarte zu. Aber auch Frauen und Angehörigen der Kursteilnehmer ist die Entnahme von Büchern gestattet, wenn sie die Teilnehmerkarte ihres Mannes usw. vorzeigen und sich sonst genügend ausweisen können.

Das Freibad Rüggesee ist vom heutigen Tage an geschlossen.

Gesangskonzert. Das für Sonnabend, den 21. August, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Konzertgarten angelegte Konzert des Gesangsvereins „Gesundbrunnen Harmonie“ konnte wegen ungünstiger Witterung nicht stattfinden. Dasselbe findet daher am Sonntag, den 29. August, nachmittags von 5 Uhr ab im selben Lokal unter Mitwirkung des Berliner Bläserchores statt. Die Billetts behalten ihre Gültigkeit.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie veranstaltete am Sonntag in Treptow eine Kreisübung, an der 75 Mitglieder teilnahmen; davon waren 50 aus Berlin, 14 aus Rosenthal, 5 aus Rudowwalde, 5 aus Friedrichshagen und 1 aus Tempelhof. Die einzelnen Übungen zeigten, daß die Mitglieder der Kolonie auf den verschiedensten Gebieten der schnellen Hilfeleistung Annehmbares leisten können. Zahlreichen im Felde stehenden Mitgliedern der Arbeiter-Samariter-Kolonie ist bereits verschiedentlich die Anerkennung der militärischen Vorgesetzten über die schnelle und zweckmäßige Hilfe von Verwundeten ausgesprochen worden.

Kleine Nachrichten. Das unvorsichtige Umgehen mit einer Schusswaffe hat schon wieder ein Menschenleben zum Opfer gefordert. Bei dem Schmied Emil K. in Spandau wollte seit einigen Tagen sein aus dem Felde beurlaubter Bruder. Dieser hatte einen Revolver mitgebracht, mit dem sich der Schmied gestern in Abwesenheit des Soldaten zu schaffen machte. Dabei berührte K. infolge einer unvorsichtigen Bewegung den Hahn, die Waffe entlud sich und die Kugel drang ihm mitten in die Stirn. Der Betroffene brach sofort betäubungslos zusammen und starb nach wenigen Minuten. — Mit Gas vergiftet hat sich die Frau des Musikers Pöschel aus der Chausseestraße 70. Familienstreitigkeiten waren die Ursache. — Um einen auf dem Dach des Hauses Friedrichstraße 109 verunglückten Mann herunterzuholen, wurde die Berliner Wehr am Dienstag alarmiert. — Zwei Gasvergiftungen wurden aus der Schönwalder Straße 9 und Dragonerstraße 48 gemeldet. Hier gelang es, die vergiftete Person ins Leben zurückzurufen. — Aus Gram über den Tod seiner beiden im Felde gebliebenen Söhne hat sich der Schneidermeister Emil Doelm aus der Patrimstr. 6 in seinem Zimmer am Fensterzeug erhängt.

Aus den Gemeinden.

Maßnahmen gegen Choleraepidemie im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises Teltow erläßt folgende Bekanntmachung:

Wegen choleraverdächtiger Erkrankungen auf der Oder und der Spree bringe ich in Erinnerung, daß jede Erkrankung und jeder Todesfall an Cholera (asiatischer) sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Krankheit erweckt, der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich mündlich oder schriftlich anzuzeigen ist.

Weshalb der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsortes zur Anzeige zu bringen.

- Zur Anzeige sind verpflichtet:
1. der zugezogene Arzt,
 2. der Haushaltungsvorstand,
 3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
 4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
 5. der Leichenhauer.

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Anlagen, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

Auf Schiffen und Pfloßen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Plo-

ßführer oder deren Stellvertreter. Die Anzeige ist an die Polizeibehörde der nächsten Anlegestelle zu richten.

Aus den oben erwähnten Gründen hat der Landrat die Schließung aller Flußbadeanstalten an Spree und Havel unterhalb der Spreemündung angeordnet.

Aus aller Welt.

Wie man schnell reich werden kann.

Der „Elbinger Zeitung“ wird geschrieben:

„Der hätte nicht schon von Kriegsgewinnen gehört, die in den letzten zehn und zwölf Monaten verdient worden sind. Mancher Kaufmann, der vor dem Krieg nicht recht vorwärts kommen konnte, ist durch seine Kriegslieferungen ein gemachter Mann geworden. Wenn man die Leute fragt, so sagen sie: „Es hat uns auch Kerben gefosst“. Aber die da draußen im Felde stehen, müssen noch viel mehr Kerben opfern, ohne im Anschluß daran der Annehmlichkeiten der großen Kriegsgewinne teilhaftig zu werden. Die Kriegsgewinne sind ein sehr beliebter Unterhaltungsgegenstand. Als ich neulich nach Kahlberg kam, kam ebenfalls die Sprache darauf. Einer, der es ganz genau wissen wollte, erzählte: „Ein Marienburger Handwerksmeister ist in zehn Monaten zum Millionär geworden. Sie können es mir glauben, der Mann ist mein Freund und hat es mir selbst erzählt. Mein Freund in Marienburg hatte ein kleines Wagenbaugeschäft, daneben war er Sattler und handelte mit Pferdebeden, Pferdegeschirren und ähnlichen Dingen. Als der Krieg ausbrach, gelang es ihm, Kriegslieferant zu werden. Er verkaufte jetzt aber nicht mehr einzelne Deden, sondern ganze Eisenbahnwagen voll. Ausfälle gab es nicht. Die Militärbehörde zahlte prompt, so daß der Mann keinen Kredit brauchte, sondern alles bar zu bezahlen vermochte. Als ich ihn traf, nahm er aus seiner Rodtaische ein Bündel 1000-Mark-Scheine und zeigte sie mir. Er behandelte die wertvollen Dinger wie verbrauchtes Futterstullenpapier. Auf meine erste Frage, wieviel Tausendmarkscheine das wären, antwortete er: „Was ich hier in der Hand habe, sind 250 000 M. Jetzt verlangt die Stadt von mir 10 000 M. städtische Einkommensteuer. Das werde ich wohl nicht bezahlen. Ich ziehe nach Joppot.“ Tatsächlich hat der neugeborene Millionär Marienburg den Rücken gekehrt und will auch nicht wieder dorthin zurück. Sein Wunsch steht zum Verkauf. Wenn man hört, wie leicht die Kriegsgewinne verdient werden, kann man es Staat und Gemeinde wirklich nicht verargen, daß sie die Kriegsgewinne unter eine besondere Lupe zu nehmen beobachten.“

Die „Elbinger Zeitung“ teilt mit, daß sie sich nach dem neugeborenen Millionär erkundigt und in Erfahrung gebracht hat, daß es sich wohl nicht um eine Million handelt, die der Sattlermeister durch den Krieg verdient hat, wohl aber um mehrere hunderttausend Mark. Er bewohnte bisher auf seinem Grundstück eine Hofwohnung. Jetzt ist er Inhaber einer 1700-Mark-Wohnung in Joppot. — Auch wenn „nur“ einige hunderttausend Mark „verdient“ worden sind, so ist das für einen Sattlermeister schon eine enorme Summe, und man kann daraus ersehen, welche hohe Profite die Inhaber von Großbetrieben bei den Kriegslieferungen erzielt haben müssen.

Kniffliger Mord. Wie aus Danzig gemeldet wird, wurden die Ehefrau des Abdeckereibesetzers Schmeltzer in Deutsch-Ehlan, der eingezogen ist und augenblicklich in einem Lazarett in Elbing liegt, ferner deren Schwesster und drei Kinder auf schreckliche Weise ermordet. Der Verdacht lenkte sich auf den 20jährigen Knecht Sowa, der bis vor kurzem bei Schmeltzer im Dienst gewesen war. Sowa wurde in der Nähe von Otterode verhaftet und am Tatort vernommen. Er bestritt, mit der Tat in Verbindung zu stehen.

Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Die Verammlung der Jugendsektion findet heute abend im Jugendheim, Fuldastr. 55/56, statt.

Frauenleseabende.

Waldmannslust und Gernsdorf gemeinsam am Mittwoch, den 25. August, im Bergschloß. Vortrag der Genossin Reichert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Ort rechts, Porterra, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Zuschuß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

B. B. 100. 1. Die Schenkung muß durch Vertrag vorm Notar gemacht werden. Sie wird aber in diesem Falle den von Ihnen beabsichtigten Zweck nicht haben, da diese Schenkung vom Gläubiger mit Erfolg angefochten werden kann. 2. Bei einer Klage gegen Ihren Bruder würde dieser wahrscheinlich verurteilt werden. — **B. R. 1881.** Wenden Sie sich mit einem Gesuch, in dem Sie bitten, Ihre Strafe in öffentlicher Gerichtsverhandlung nicht zu verlesen, an den Vorsitzenden des Gerichts. — **C. G. 88.** Erbitten Sie vom Landesamt und von einer Hebamme eine Bescheinigung und reichen Sie diese mit dem Antrag auf Urlaubsgewährung ein. — **N. Z. 89.** Stellen Sie einen Antrag auf Auswanderungsbewilligung. — **L. R.** Ihre Familie muß Rente von der Berufsgenossenschaft bekommen. Stellen Sie einen solchen Antrag bei der Berufsgenossenschaft. Erhalten Sie dann wieder keine Antwort, so müssen Sie sich beschwerdefähig an das Versicherungsamt wenden. — **C. J., Neukölln.** Die Beziehung kennen wir nicht. Es wäre uns aber lieb, wenn Sie uns Ihren Militärpaß einmal vorlegen könnten. — **Wilmersdorf.** 1. Reu. 2. Ja. — **B. Z. 50.** Der Vater hat kein Anrecht mehr auf das Erbe seiner Frau, weil derselbe Verjährung eingetreten ist. Sie können durch Testament das Erbe an sich bestellen. Es steht Ihnen frei, im Testament jemand als Testamentvollstrecker zu benennen. Das Pflegegeld können Sie für die Zeit nicht mehr nachverlangen. — **C. 112.** Einen bestimmten Sach gibt es dafür nicht, daß richtet sich nach den Einkommensverhältnissen des Vaters. Das hinterlegte Geld kann gepfändet werden. — **G. P. 3.** Zur Bestreitung Ihres Lebensunterhaltes muß Ihnen ein bestimmter Betrag vom Lohn verbleiben. Sie müssen gegen die ganze Forderung des Lohnes Einspruch beim Gericht erheben. — **Verchendorf 25.** Es wird am besten sein, wenn Sie das Schreiben unbeantwortet lassen. — **W. 44.** Laden Sie den Verwalter vor das Mietbenignungsgamt. — **Ernst 30.** 1. Darüber sind wir nicht orientiert. 2. Die Adresse des Hauswirts muß doch im Mietsvertrag angegeben sein und auch im „Stillen Fortier“ des Hauses. — **R. R. 6.** Sie werden wahrscheinlich nicht mehr eingezogen. Mit abfolgender Bestimmtheit können wir aber das nicht sagen. — **B. M. 1871.** Die Kirchensteuer muß der Ehemann zahlen. 2. Die Staatseinkommensteuer gilt als Grundlage für die Berechnung der Kirchensteuer. Die Höhe des Kirchensteuerzuschlages beruht auf Beschläffen der einzelnen, die Steuer erhebenden Kirchengemeinden. 3. Ja. — **R. G. 5978.** Rein. —

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Freieremplaren sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Pabillon usw.) einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen. Im Norden, besonders an der Küste ziemlich kühl, veränderliche Bewölkung und an den westlichen Orten etwas Regen; im Süden nur teilweise etwas neblig, sonst vielfach heiter, und in den Mittagsstunden mäßig warm.

Reichstag.

17. Sitzung vom Dienstag, den 23. August, nachmittags 3 Uhr.

Im Bundesrat: Dr. Delbrück, Vizeo. Der Antrag des Reichskanzlers auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November wird ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über die Resolutionen der Kommission und die sozialdemokratischen Anträge zu den Fragen der Volksernährung.

Fragen der Volksernährung.

Unterstaatssekretär Michaelis:

Der Abg. Dr. Pfleger hat gestern schwere Angriffe gegen die Leiter der Kriegsgemeinschaften erhoben. Sie sollen die Presse bezahlt haben. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten sollen auffallend viel Juden genommen worden sein. Am schwersten ist schließlich der Vorwurf, daß diese Organisation gewissermaßen als eine Versicherung gegen den Schützengraben angesehen wurde. Der Kriegsminister hat heute erklärt, daß Inzuchtigkeiten nach dieser Richtung beständen (Hört! hört!), doch habe er darüber kein Urteil, ob die Leitung der Kriegsgemeinschaften hierfür eine Schuld träge. Es ist selbstverständlich, daß bei der Einrichtung der Gesellschaft, die einen Bestand von mehreren Hundert Angestellten werden mußte, zunächst nicht viel danach gefragt werden konnte, ob der Betreffende felddienstfähig und militärisch war. Unter der großen Zahl von angestellten Persönlichkeiten befanden sich auch solche, von denen es gut gewesen wäre, man hätte sie nicht genommen. (Hört! hört!) Im Laufe der Geschichte haben wir immer mehr geübt und selbstverständlich habe ich auch darauf gehalten, daß nicht Drückebergereien vorgekommen. Am 1. Juni hatten wir unter 624 männlichen Angestellten 425 reklamiert. (Hört! hört!) Zunächst haben wir hier von 132 wieder freigegeben, jetzt haben wir noch 171 Personen, die arbeits- und garnisondienstfähig sind. Wir haben mit dem stellvertretenden Kommando des III. Armeekorps vereinbart, daß davon noch 120 von uns im Laufe der nächsten Zeit zur Verfügung gestellt werden, und zwar geschah das, bevor der Reichstag sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat.

Zu den auch in der Presse und in zahlreichen Zuschriften ausgesprochenen Verdächtigungen gehört auch der Vorwurf, daß die Leiter der Gesellschaft diese Juriststellungen direkt begünstigten und daß sie davon persönlichen Vorteil gehabt hätten. Es hat sich gezeigt, daß alle derartigen Vorwürfe aus den Fingern geflogen worden sind. Eine Treuhandskommission ist zu demselben Ergebnis gekommen. Eine solche Gesellschaft hat natürlich viele Gegner. (Sehr richtig!) Da sie die Händler ausgeschaltet hat, sind diese ihre Gegner. Ebenso verhält es sich mit den Mählern. Im ersten Jahr konnte die Verteilung an die Mäler allerdings noch nicht gleichmäßig sein, jetzt werden sie finden, daß die weislichen großen Mäler sogar zu wenig berücksichtigt sind. (Hört! hört!) In der Beförderung, einen Vorwurf zu vermeiden, sind mir die Geschäftsführer in der Berücksichtigung der östlichen Mäler zu weit gegangen. Aber man mag mit Entgegnungen reden, so werden derartige Vorwürfe aus den interessierten Kreisen doch nicht verstummen. (Sehr richtig!) Was für Angriffe habe ich nicht erleiden müssen wegen der Kleie! Man hat uns direkt vorgeworfen, wir hätten mit der Kleie zuredet, damit andere Kreise die anderen Futtermittel erst zu teuren Preisen los würden. (Hört! hört! links.) Die A.-G. hat nie etwas mit der Kleie zu tun gehabt, aber trotzdem hat man uns dauernd gefragt: warum kriegen wir keine Kleie? Es hat noch nie eine Organisation gegeben, die Angriffen wirtschaftlicher Interessengruppen so wehrlos gegenübergestanden hat wie die Kriegsgemeinschaft. (Sehr richtig! links.) Wir sind angegriffen worden wegen Sachunlust, wegen Interessenswirtschaft, wir sind angegriffen, weil wir Juden bevorzugten. Einen Großgrundbesitzer, der mit diesen Vorwürfen machte, habe ich gefragt, wie sein früherer Weidewirtschaftler gewesen hat. Er antwortete: Jidder Schleifinger. (Zämrückse Heiterkeit.) Wir müssen bei der Auswahl der Personen in erster Linie danach fragen: was nützt der Mann für die große nationale Aufgabe, die unserer Gesellschaft übertragen ist, und erst in zweiter Linie kommt die Frage, ob der Mann nicht besser ins Feld hinausgehen sollte. Es ist keine Redensart, wenn ich sage, daß ich die Verantwortung für die Ernährung von Heer und Volk nicht mehr übernehmen kann, wenn man in dieser Weise vorgeht. (Hört! hört! links.) Seien Sie auch uns gegenüber gerecht, damit uns die für die Tätigkeit der Kriegsgemeinschaft erforderlichen Kräfte erhalten bleiben. Bedenken Sie, wie solche Angriffe auf das Ausland wirken, und lassen Sie uns den Mut nicht verlieren. (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Der Unterstaatssekretär hätte sich bevor er seine Angriffe gegen den Abg. Pfleger richtete, über die Vorgänge in der Kommission erkundigen müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn man einer Organisation nachsagt, daß sie als eine Art Versicherungsgesellschaft gegen den Schützengraben ausgebeutet wird, dann bedeutet das noch lange keinen Angriff auf die Organisation als solche. Von 624 Angestellten der Kriegsgemeinschaft sind 425 reklamiert, und davon sind 408 tauglich. (Hört! hört!) Es gibt im ganzen Deutschen Reich keine einzige Behörde mit einem so hohen Prozentsatz von Reklamierten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im übrigen stelle ich fest, daß der Kriegsminister aus eigenem Antriebe die Untersuchung der Angestellten hat vornehmen lassen. (Hört! hört! im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Michaelis:

Man muß unterscheiden zwischen dem, was der Kriegsminister auf Grund von Denunziationen veranlaßt hat und dem, was ganz systematisch auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Kriegsgemeinschaft und dem Generalkommando des III. Armeekorps als zutunfähiger militärischer Behörde geschehen ist. Ich habe vor einigen Tagen dem Kriegsminister mein Material zur Verfügung gestellt, auch er hat mir sein Material übergeben. Aber unabhängig davon sind die Bestrebungen der Kriegsgemeinschaft aus sich heraus planmäßig die für den Heeresdienst brauchbaren Kräfte, die für die Kriegsgemeinschaft entbehrlich sind, der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Abg. Wamhoff (natl.):

Bei Kriegsausbruch im vorigen Jahre war die Ernte nur zum Teil eingebracht, die Landwirte waren gezwungen, einen großen Teil Roggen an das Vieh zu verfüttern. Deshalb sind die Maßnahmen der Regierung, die die Regelung des Brotkonsums betreffen, durchaus verständlich, und auch die Landwirtschaft hat das gebilligt. In bezug auf Brotgetreide haben wir jetzt eine gute Mittelernte gehabt, und deshalb könnte die Brotration sehr wohl etwas erhöht werden. Die Ratschläge, weniger Fleisch zu essen und einen reichlichen Tag einzurichten, sind ganz gut gemeint; aber es gibt zahlreiche Familien, bei den Arbeitern und den Gewerbetreibenden, die nur des Sonntags Fleisch essen können. (Sehr richtig!) Für die Landwirtschaft ist die Arbeiterfrage sehr ernst; man sollte auch den mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betrieben Gefangene zur Verfügung stellen. Die Bewachung macht keine Schwierigkeiten, denn die Leute denken gar nicht ans Ausbrechen. Sympathisch hat das Lob berührt, das der Staatssekretär den Frauen gesendet hat. Ihre Tätigkeit bei der Fürsorge und Pflege für die Verwundeten wird für sie ein Ruhmesblatt sein, aber ein nicht minder Ruhmesblatt haben sich die Frauen erworben, die schwer arbeiten, um namentlich auf dem Lande die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Abg. Spahn hat darauf hingewiesen, daß bei der Erhebung der Vorwürfe in der Kommission wieder der Unterstaatssekretär noch ich anwesend war. Da es sich um die Kriegsgemeinschaft handelte, konnten wir annehmen, daß bei der Besprechung der Kriegsgemeinschaft die Vorwürfe erhoben werden würden und nicht beim Titel Kriegsministerium. Die Kriegsgemeinschaft ist Anfang vorigen Winters gegründet worden, zu einer Zeit, wo die Anforderungen der Heeresleitung an die Mannschaften geringer waren als heute. Nun waren die Leute eingearbeitet, und da kann eine solche Organisation ihr Beamtenmaterial nicht plötzlich wechseln. So erklärt es sich, daß eine große Anzahl von Leuten, die erst im Laufe des Krieges militär- und dienstpflichtig geworden sind, nur allmählich abgehoben werden konnten. Täglich erscheinen Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft bei uns und wünschen Leute, die eingezogen werden, gerade im Interesse der Kriegführung befreit zu haben. Daran findet kein Mensch etwas. Aber bei einer Gesellschaft, wie der Kriegsgemeinschaft, die diese Riesenverantwortung zu tragen hat, da mag man es, hier den Vorwurf zu erheben, daß sie eine Organisation zur Versicherung gegen den Schützengraben wäre. Dagegen muß ich die Gesellschaft, ihre Leiter und ihre Angestellten mit aller Entschiedenheit in Schutz nehmen. (Zustimmung.) Der Kriegsminister hat lediglich erklärt, es seien Reklamationen erhoben worden, und er habe eine Untersuchung eingeleitet. Er konnte nicht wissen, daß die Angelegenheit, die nicht dem Kriegsministerium untersteht, sondern dem stellvertretenden Kommando des 3. Armeekorps, mit diesem bereits verhandelt wird. Sie schütteln den Kopf, Herr Abg. Spahn. Soll ich etwa annehmen, daß die mir dienstlich zugegangenen Berichte etwas Unrichtiges enthalten?

Die schon vom Herrn Unterstaatssekretär erwähnte Zahl von 425 Angestellten versteht sich per 1. Juni, als die Anforderungen der Heeresverwaltung erheblich weniger weitgingen und von Reklamationen im praktischen Sinne noch gar nicht die Rede war. Jetzt sind von den 624 männlichen Angestellten kriegsverwendungsfähig, d. h. für den Schützengraben brauchbar, noch 178. Von diesen werden 120 in Raten abgegeben, so daß also von dieser großen Zahl nur 50 Personen als kriegsverwendungsfähig übrig bleiben, die aber nicht entbehrlich werden können, weil sie in leitenden Stellen sind. Außerdem sind arbeits- und garnisondienstfähig 76 Personen. Unter den 178 felddienstfähigen befinden sich nur drei gediente Leute, alle anderen sind ungedienter Landsturm. Ich habe hier offen gesagt, daß ich Kritik nicht scheue, und daß ich das Recht des Parlaments zur Kritik in vollem Umfange anerkenne. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß man den Leitern und den Beamten dieser Stelle, die unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten, hier solche Vorwürfe macht, wie sie gestern von Herrn Pfleger erhoben und von Herrn Spahn heute zurückgewiesen worden sind, und zwar in einem solchen Augenblick, wo der Kriegsminister, wie diese Herren wußten, eine Untersuchung angeordnet hat, über deren Ergebnis noch gar nichts vorliegen konnte. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Mein Kopfschütteln sollte nur bedeuten, daß der Kriegsminister nichts davon gesagt hat, daß die militärische Untersuchung der Angestellten von der Kriegsgemeinschaft veranlaßt worden ist. Die angeführten Zahlen beruhen auf Mitteilungen des Kriegsministers.

Abg. Koch (Rp.):

Die Großgrundbesitzer sollten doch immer so tun, als ob sie das Vaterland gerettet haben. Als Herr Camp uns gestern erzählte, wieviel Pferde er verlor hat, da sagte ich mir, Herr Stadthagen hat einen großen Fehler gemacht, als er das Gut, das Camp ihm zum Geschenk anbot, nicht angenommen hat. (Große Heiterkeit.) Wo wären wir ohne die kleinen Landwirte?

Ein Kommissar des Kriegsministers:

Der Staatssekretär Delbrück hat gesagt, daß der Kriegsminister, als er die Vornahme seiner Untersuchungen angeordnet und durchgeführt hat, nichts davon wußte, daß die Kriegsgemeinschaft von sich heraus bereits mit dem stellvertretenden Generalkommando des III. Armeekorps in Verbindung getreten sei, um eine systematische Bereitstellung von Heerespflichtigen herbeizuführen. Im Namen des Kriegsministers kann ich nur erklären, daß das zutrifft.

Abg. Weisböck (L.):

Die Vorwürfe der Linken gegen die Landwirtschaft sind unbegründet. Bei der Bestandsaufnahme darf man nicht vergessen, daß die Bundesratsbestimmung und die Ausführung auf einige Tage zusammengeändert war und daß die Männer schon vielfach im Felde waren; die Frauen mußten also den Bestand aufnehmen. Die älteren Jahrgänge der Landstürme sollten für die Landbestellung beurlaubt werden. Die Vorwürfe des Abgeordneten Segig gegen den General v. Vietinghoff sind unberechtigt, der General hat keineswegs solche unhaltbaren Behauptungen aufgestellt, wie die, daß die ländlichen Arbeiter die Teuerung nicht spüren. Redner bestritt dann die Futtermittelteuerung und meint, an der Lebensmittelteuerung sei keineswegs die Landwirtschaft schuld, man solle sich doch auch einmal die großen Gewinne und Dividenden der Mäher-Aktiengesellschaften ansehen. (Heiterkeit rechts.)

Unterstaatssekretär Michaelis:

Die großen Gewinne der Mäher stammen aus einer Zeit, in der die Kriegsgemeinschaft überhaupt noch nicht im Betrieb war. Naturgemäß müssen diese Gewinne auch in der am Schlusse des Betriebsjahres verteilten Dividende zum Ausdruck kommen, ohne daß man irgendwas sagen könne, die Kriegsgemeinschaft habe zu hohe Mahllöhne bezahlt.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.):

Unser Durchhalten im ersten Kriegsjahr war nur möglich durch die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft. Bei den Kriegsmahnahmen sind die Verhältnisse der kleinen und kleinsten Bauern in Westdeutschland nicht genügend berücksichtigt worden. Die härtesten Preissteigerungen der Lebensmittel haben im Großhandel stattgefunden. Strengstes Einschreiten gegen diesen Lebensmittelwucher wäre durchaus am Platze. — Das Festhalten an den Höchstpreisen für Getreide auch im nächsten Jahr ist erstreblich. Die Brotration sollte gesteigert werden, mindestens für die gesamte landarbeitende Bevölkerung. — Für eine angemessene Kartoffelversorgung der Bevölkerung muß im Herbst eine geeignete Organisation geschaffen werden.

Abg. Dr. Pfleger (Z.):

Kommt nochmals auf seine Angriffe gegen die Kriegsgemeinschaft zurück; die Vorwürfe nehme er nach den Erklärungen des Regierungsvertreters zurück. Eine antisemitische Tendenz habe ihm ferngelegen. Im übrigen habe er seine Behauptungen in gutem Glauben aufgestellt; es habe kein Grund zu solch scharfer Erwiderung vorgelegen.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Daß die Kriegsgemeinschaft Wert darauf lege, einen zu großen Wechsel im Personal zu vermeiden, ist verständlich. Auch in den Geschäftsbereichen sind ja viele kriegsbrauchbare Leute tätig. Gewiß sind die landwirtschaftlichen Produktionskosten gestiegen, aber man soll sich vor Ubertreibungen hüten. Wenn gesagt ist, die Krankenkassenbeiträge sind verdoppelt, so vergißt man, daß die Arbeiter ja zwei Drittel davon zu zahlen haben, die Arbeiter hätten also erst recht Grund, zum Klagen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir haben uns nicht genug auf den Krieg vorbereitet; darauf ist ein

erheblicher Teil der Mißstände zurückzuführen, aber als der Krieg ausgebrochen war, hätte sofort die richtige Organisation geschaffen werden müssen. (Sehr wahr! links.) Die Arbeiter haben die Situation besser erfaßt, sie haben sich z. B. gesagt, die Einbringung der Ernte ist Sache des gesamten Volkes. Die Verordnung über die Höchstpreise konnte mit Leichtigkeit umgangen werden; die Spannung zwischen Roggen- und Weizenpreis sowie zwischen Weizen- und Weizenmehlpreis war viel zu groß, die Weizenpreise waren exorbitant hoch. Man predigt Sparfamelei, aber vergißt ganz, daß unberechtigter Gewinn, den der Verkäufer einheimst, diesen zur Verschwendung verleitet. Bei zeitiger Beschlagnahme wäre eine volle Entschädigung am Platze und zu rechtfertigen gewesen. Wo aber die Spekulation eingeklagt hat, wo die Jobber tätig gewesen sind, da war eine volle Entschädigung keineswegs nötig. Es ist zu

Unterernährung und direkt zu Hunger gekommen.

Aber selbst mit dem Verhungern von einer Million von Leuten wäre noch nichts gewonnen, sondern sparen muß man da, wo wirklich ein Ueberschuß gelebt wird. Und deshalb ist der mit der Brotkarte und Brotration beschrittene Weg der richtige gewesen. Bei Ausbruch des Krieges wurden zunächst die Ersparnisse der Arbeitslosen aufgezehrt. Die Familien der Eingezogenen vertrieß man an die Gemein den. Es gibt aber sehr viele Gemein den, die keinen Pfennig zur Reichsunterstützung zugelegt haben. (Sehr richtig!) Frauen mit drei Kindern sollten mit 30 M. auskommen. 10 M. mußten sie für Miete ausgeben. Sie sollten dann mit 16 1/2 Pf. den Tag reichen. Weinend sind solche Frauen zu mir gekommen, die jeden Pfennig ihrer Ausgaben aufgeschriebenen hatten, und wahrlich bei seinem konnte man sagen, daß er überflüssig ausgegeben war. Diese Leute haben ihre Brotration nicht verzehrt, aber lediglich deshalb, weil sie kein Geld dazu hatten. Diese Leute haben schwerer zu leiden, als die, die einige Jahre auf Gewinn verzichten oder Schulden machen müssen. Wo überhaupt noch Kredit vorhanden ist, ist es noch erträglich. Aber da wird es unerträglich, wo das tägliche Brot fehlt. Man soll nicht etwa auch bei den Kartoffeln wieder warten und dann später sagen, wir können durch Herabsetzung der Preise doch die nicht schädigen, die zu teuer eingekauft haben. Rechtzeitig muß die Regierung eingreifen und von ihren Nachmitteln Gebrauch machen. Die Gemein den stehen den Konumenten näher und sollten daher einen größeren Einfluß haben. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Aber auch das Wirken der Gemein den ist abhängig von einem rechtzeitigen Eingreifen der Regierung. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Strefemann (natl.):

Wird über die Ueberführung unserer Wirtschaftsverhältnisse aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft sprechen, wird aber vom Präsidenten Raempff daran verhindert, da die Ernährungsfragen zur Debatte stehen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. (Mündliche Berichte der Kommission und Resolutionen.) Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Der Streit um Haenisch.

Vom Genossen Anoll geht uns nachfolgende Erklärung zu: Zu der Veröffentlichung des Kreisvorstandes Niederbarnim (in Nr. 193 des „Vorwärts“) habe ich das folgende zu bemerken: 1. Es ist in dem Lichtenberger Jahrbuch, an dem ich teilnahm, von dem Delegierten zur Kreisversammlung über deren Beschlüsse gegen den Genossen Haenisch in der Tat in der von mir dargestellten Weise berichtet worden; Zeugen: sämtliche Besucher des Jahrbuchs. In dem Beschlusse dieses Jahrbuchs ist denn auch auf Grund des gegebenen Berichtes ausdrücklich beschlossen worden, den Genossen A. zu ersuchen, die Konsequenzen zu ziehen. Soweit Irrtümer in meiner Darstellung enthalten sind, trifft die Schuld also nicht mich, sondern den Berichterstatter von der Kreisversammlung.

2. Wenn — wie sich jetzt ergibt — auch nicht im Wortlaut des gegen den Genossen Haenisch gefassten Beschlusses, so war doch in der dem Beschlusse von verschiedenen Rednern gegebenen Begründung wiederholt ausdrücklich von der geforderten Mandatsniederlegung die Rede. Ein Teilnehmer an einer der letzten Kreisversammlungen wünschte sogar, daß auch gleich der Genosse Landtagsabgeordneter Braun zur Gesellschaft sein Mandat mit niederlege. Der Delegierte für Stralau, der besonders lebhaft für die Mandatsniederlegung des Genossen Haenisch eintrat, mußte zugestehen, daß er den unter Anklage stehenden Artikel des Genossen Haenisch ebenso wenig gelesen habe wie die meisten anderen Mitglieder der Kreisversammlung.

3. Formelle Anträge, den Genossen Haenisch zur Mandatsniederlegung aufzufordern, waren in der Tat sowohl im Kreisvorstande wie auch in der Kreisversammlung gestellt worden, sie wurden allerdings in beiden Körperchaften schließlich abgelehnt. (Und darauf kommt es doch wohl einzig und allein an, Genosse Anoll!) Die Redaktion des „Vorwärts“) Aber diese Tatsachen habe ich, der ich der Kreisversammlung nicht beigewohnt habe, erst nachträglich feststellen können, zumal ich ja nicht annehmen konnte, daß man den Mitgliedern einen den Tatsachen nicht entsprechenden Bericht geben würde.

4. Endlich bleibt die Tatsache bestehen, daß die Klage gegen den Genossen Haenisch beschlossen wurde, während er zum Heeresdienst eingezogen worden war. Inzwischen ist er allerdings wieder, und zwar nach Versendung meines Artikels, krankheitshalber vorläufig entlassen worden.

Im übrigen verweise ich auf die soeben erfolgte Veröffentlichung der Parteileitung für die Provinz Brandenburg in der gleichen Angelegenheit. Berlin, den 24. August 1915.

A. Anoll.

Das ist nun der klägliche Ausgang eines mit spaltenlangen Artikeln unternommenen Angriffs. Hoffentlich ist dieser Meißel des Genossen Anoll für ihn und auch für andere eine Lehre, auf Grund unzuverlässiger Berichte nicht so schwerwiegende Beschuldigungen in die Welt hinauszuposaunen. Wir hätten mal die Entrüstung über „Parteierrüttung“ u. dergl. hören mögen, wenn das jemand von der anderen Seite passiert wäre.

Wladimir Medem.

Die Tagespresse hat bereits kurz mitgeteilt, daß die deutschen Militärbehörden in Warschau auf Vorschlag des Bürgerkomitees die von der russischen Administration zurückgelassenen politischen Gefangenen befreiten, darunter Genossen Medem — ein bekanntes Mitglied des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Russlands („Bund“). Wie jetzt näher bekannt wird, hatten die russischen Behörden vor ihrem Rückzug die meisten Arrestanten nach dem Innern des Reiches geschafft, es blieben nur die kranken Häftlinge, unter diesen ca. 70, die zur Katanga verurteilt worden waren.

Ueber Medem wird uns von einem Genossen in Genf folgendes geschrieben:

Erst vor einigen Monaten wurde Medem vom Warschauer Gerichtshof nach zweijähriger Untersuchungshaft für Zugehörigkeit zum „Bund“ zu vier Jahren Katanga mit nachfolgender Zwangsansiedelung in Sibirien verurteilt. Genosse Medem ist hervorragend begabt in gleicher Weise als Schriftsteller wie als Redner.

Er ist einer der besten Kenner der Nationalitätenprobleme Rußlands — in russischen Parteikreisen ein in dieser Frage gefeierter Referent —, im besonderen ein geistreicher Kritiker der reaktionären Strömungen im Judentum (des Zionismus, Koslegionismus usw.), ein Mann, der im Bismarck der russischen Fraktionszerrüttung immer einen klaren Kopf behalten und stets auch das Herz auf dem rechten Fleck gehabt hat. Er schien wie von der Natur aus-erfordert für die Parlamentaristik — die Diktatura hatte es aber zunächst anders gewollt. . . .

Redem entstammt dem Judentum, ist aber als Christ auf-ge-wachsen; sein Vater, Jude von Geburt, trat zum Christentum über, um im Lande der Judenmorde und Ritualmordprozesse leichter fortzukommen; und er brachte es auch wirklich zum Staatsrat, zu hohen Ämtern und Würden. Ebenfalls freiwillig

— doch aus Beweggründen ganz anderer Natur — suchte sich später der junge Redem seinen Lebensweg. Auch er wählte sich eine neue Konfession: die der Bekiflofen aller Nationen, und sein Tun und Trachten widmete er ganz dem Stamme der Bekiflofen, dem er sich unumwunden anschloß. Und so wurde er — der „Christ“ — zum stolzeften Bannerträger der aufsteigenden jüdischen Arbeiterklasse Rußlands — ein lebendiges Symbol der Verbrüderung der Arbeiter aller Nationen. . . . Wenn diese Worte heute auch wie blutiger Hohn klingen — trotz alledem und alledem werden sie einst lebendige Wirklichkeit!

Redems Name hat in Rußland einen ganz besonders guten Klang, und seine Befreiung aus der Katorga wird von Jehn-tausenden — besonders jetzt in Warschau und in Lodz — mit jubelnder Freude begrüßt.

Eingegangene Druckschriften.

Zeitpiegel. Heft 1: Zeitgemäße Betrachtungen über die Deutsche Kultur. Von H. Osterrieth. 1 M. — Heft 2: Die Völker und das Meer im Laufe der Jahrhunderte. Von H. Böttlingk. 1 M. — Heft 3: Weltpolitik. Von B. v. Entiaulow. 2 M. Putsch-lammer u. Räuber, Berlin W. 56.

Das Problem der Ukraine. Von G. Kleinow. 23 S. — Die ukrainische Frage in historischer Entwicklung. Von H. Druschewski. 52 S. — Ukraine und die Ukrainer. Von Dr. E. Kubnicki. 31 S. — Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland. Von D. Donzow. 1 M. Verlag: „Bund zur Befreiung der Ukraine“, Berlin, Wilmstr. 22.

Urschlag der heilige Krieg des Islams und seine Bedeutung im Weltkrieg. Vortrag von Dr. G. Boll. 70 Bl. C. Troemer, Frei-burg i. Breisg.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.
2. Abt. Bez. 508.
Am Sonnabend, den 21. August, verstarb unser Genosse, der Zementierer
Karl Dierke
(Rheinberger Str. 6).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 25. August, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzenallee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
927/7

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 20. August verstarb unser Parteigenosse
Robert Köppen
(Schöneweide Str. 14, 22. Bezirk)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 26. August, nach-mittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Neufährner Gemein-de-friedhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
238/20

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Adolf Vogt
Boppstraße 11
im Alter von 53 Jahren ge-storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. August, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes der Jerusa-lims-Gemeinde in Reußßn, Her-mannstraße 84, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/5 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 12. August durch Bauch-schlag im Feldlazarett unser lieber Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Neffe, der Unteroffizier im Landsturmregiment 3
Willi Eichner
im 23. Lebensjahre. 643
Dies zeigen tiefbetrubt an
Otto Eichner und Frau
geb. Baufe.
Richard Eichner 1. zugeht
Otto Eichner 1. im Felde
Georg Eichner.
Albert Wolf.
Antonie Wolf geb. Eichner.
Es gibt ein Geld,
Das kein Trost kann lindern,
Und einen Schmerz,
Den nur die Zeit verheißt.
Ruhe sanft in Feindesland!

Kriegs-Kornfranck
Kriegs-Kornfranck ist der Ersatz für Bohnen-Kaffee. Er ist gut und billig. Das ganze Paket kostet 50 Pf. Kriegs-Kornfranck ist bekömmlich und anregend.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nach-richt, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter
August Schnell
von der Firma Schlichting, Wasser-tortstraße 42, am 17. August im Alter von 56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
66/14 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Oranienburg-Vorstadt.
Am 21. August starb unser Mitglied, der Zementierer
Karl Dierke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 25. August, nach-mittags 3 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Elisabeth-Gemeinde in der Prinzenallee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
141/18 Der Vorstand.

Am 1. August fiel infolge Kopf-schmies mein ungeliebter, lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler
Artur Schoppenhauer
An tiefstem Schmerz
Frau Schoppenhauer nebst Kindern
Wasserstraße 37.
Du hast geluldt, geböhnt an eine Wiederkehr,
Doch nun — Dein Platz in unserm Heim bleibt leer;
Nichts bringt Dich Braven, Guten mehr zurück,
Zerissen ist jetzt unser ganzes Glück.
Ruh, lieber Mann und Vater,
ruh' in Frieden,
Bis wir beweint von Deinen Lieben.

Nachruf.
Ein Opfer des Weltkrieges wurde am 11. August unser Arbeitskollege
August Hoffmann
im Alter von 45 Jahren.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiter 931
der Berliner Genossenschafts-bäckerei, Gerichtstr. 23.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der Mechaniker
Emil Zippel
im vollendeten 54. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an die trauernde Gattin 9266b
Lina Zippel geb. Thiele,
Charlotte, Margarete als Tochter.
Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 25. August, nach-mittags 3 Uhr, von der Kapelle des St. Philippus Apostel-Fried-hofs in der Müllerstraße aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teil-nahme sowie zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Friederike Höhn** sage ich allen Bekannten und Freunden sowie dem Bahlerverein Steglitz und dem Personal der Buchbinderei Vor-märts meinen innigsten Dank.
92596 **Oswald Höhn.**
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels
Alexander Hanold
sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank.
7821 **Familie Hanold.**

Orts-Krankenkasse
der
Klempner
zu Berlin.
Bekanntmachung
Für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1917 sind 12 Vertreter und 80 Erlaßmänner aus den Reihen der Beschäftigten zum Ausschuss unserer Kasse zu wählen. Die Wahl findet am **Donnerstag, den 7. Oktober 1915,** nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Rollenlokal, Wallstr. 68, vorn II, statt. Die Wahl wird vom Vorstand geleitet.
Wir fordern die Beschäftigten auf, Wahlvorschläge bis spätestens den 9. September an den Vorsitzenden der Kasse, Josef Hartmann, Berlin S. 14, Wallstr. 68, II, einzureichen. Wahlvorschläge, die nach dem 9. Sep-tember eingeht, werden nicht be-rücksichtigt.
Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wähl-barkeit und die Wahlberechtigung ergibt sich aus § 68 unserer Satzung.
Die zugelassenen Wahlvorschläge können vom 23. September bis 6. Oktober in der Zeit von nach-mittags 1 bis 4 Uhr im Rollenlokal, Wallstr. 68, II, eingesehen werden.
Die Mitgliederverzeichnisliste können vom 26. August bis 9. September in der Zeit von 1 bis 4 Uhr nachmittags im Rollenlokal, Wallstr. 68, vorn II, eingesehen werden.
Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtig-ung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltag, unter Vorlegung von Beweismitteln, bei dem Vorstand einzulegen.
Wir machen darauf aufmerksam, daß der Wahlzettel besagt ist, die Wahl und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis hierüber zur Wahl-handlung mitzubringen.
Auf Antrag der Wahlberechtigten werden diesen vom 29. September bis 6. Oktober, in der Zeit von nach-mittags 1—4 Uhr, Wahlansweise im Rollenlokal, Wallstraße 68 II, aus-gestellt.
Die Wahl ist geheim und kann nur in Berlin durch Abgabe des Stimm-zettels ausgedrückt werden.
Zum Wahlraum haben nur wahl-berechtigte Kassenmitglieder Zutritt.
Die Stimmzettel müssen 10x8 cm groß sein.
Ueber die Aufstellung und Unter-zeichnung der Wahlvorschläge besagt § 7 unserer Wahlordnung das Nähere.
Der Vorstand
der
Orts-Krankenkasse der Klempner
A. A.: Josef Hartmann,
Vorsitzender.

Leihhaus Morikplan 58a:
laufen die Spottbillig von Kavaliereu wenig getragene sowie im Verlag ge-wesene Jacketts, Rodanzüge, Mäntel, Paletots, Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide, Gelegenheitskäufe in neuer Fasch-gerode, enorm billig. Kleidenkasten Kleider, Kostüme, Wäsche, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Große Vollen Pelzstoffe in Stank, Warden, Kerg, Juchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Aus-wahl in Herren-Gesellen, Gelegen-heit in Damen, Reise, Wagenpögen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Reich-platz 58a I. 88*

Bettenverkauf! Prachtvolle 5,75, 7,50, 9,75, Kuchenerbetten 12,75, 15,75, Daunenerbetten 19,50, 22,50, Kinderbetten 4,50. Neue Aussteuer-möbelle (Spottbillig!) Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Kissen, Stepp-beden, Diwanbeden, Bandbuden, Tischdecken, Anzüge. Alles spott-billig! Plandleibe Brunnenstraße 47.*

Monatsanzüge und Sommer-paletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrodanzüge von 12,00, Prads von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu saumend billigen Preisen, aus Plandleiben ver-fasene Sachen laßt man am billigsten bei Kap. Rulastraße 14.

Renewierung! Die Arbeiter-schaft im neuen Deutschland. Heraus-gegeben von Friedrich Dittmar und Karl Regien. Preis 3 M. 2.—. Zu be-ziehen durch die Hornstrichhandlung, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Möbel.
Möbel aller Art auf Kredit, be-querne An- und Abzahlung. Möbel-Verkehr, Brunnenstraße 7. Zweites Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag von 8—10 geöffnet. 819*

Möbel gegen sofortige Kasse sehr preiswert zu verkaufen, Brunnen-straße 7 und Müllerstraße 174. Sonntag geöffnet von 8—10. 828

Plüschgarnitur 25,00, Schreib-tische 30,00, Kleiderständer, Berlin 22,00, Bettstellen 20,00, Kommode 12,00, Plüschsofa 30,00, moderne Rückenmöbel, Truemeuz, Möbel-speicher, Prinzenstraße 71. 818*

Kriegshalber Wohnungsver-mittlung, nagelneue, bildschöne Küche, zusammen 225,—. Rosenfelder-straße 57, vorn III bei Glas. (Gemeinlich) Händler verdeten. *

Umbräupflüschsofa, funktelnagel-neu, kriegshalber. 46,50, Chaussee-straße 11, Restaurant. 69/15

Musikinstrumente.
Wandergitarre mit Selbstlern-schule, Mandoline mit Laute 9,50, Sololaute, gut eingestellte Drehstern-geige mit Formel 18,—, verkauft Ernst, Oranienstr. 166 III. 2260b

20 Prozent Rabatt Vorwärts-lernen.
Steppdecken, Similiseide, nor-merne Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 ulm. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit. 458*

Gardinenverle, Fenster 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,85 ulm. E. Weisenberg's Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurter-straße 125, im Hause der Möbelabrit an der Koppenstraße.

Reisdecken, 1—3 Fenster Tuch-portieren, Wollportieren, Madras-portieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 ulm. Portieren-haus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Beindecken, Woll-decken 1,25, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Teppiche mit Webeschlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ulm. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit.

Vorjährige Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 14—35 Mark! Paletots 12—36, Beinkleider 4—10, Burschenanzüge, Deutsches Gar-derobehaus, Große Frankfurter-straße 116 I. 728*

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-fertigt. G. Swienty-Liebke, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 442*

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Göttinger-straße 15.
Wäsche wird sauber gewaschen, im freien getrocknet. Salen, Leib-wäsche, 3 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabend. Frau Paul, Köpenick, Grünauerstraße 33a. 738

Vermietungen.
Wohnungen.
Hilfsände halber ist zum 1. Oktober dieses Jahres event. 1. Januar 1916 eine Zweizimmerwohnung mit Bad und Garten zu vermieten. Preis 27 Mark. Eventuell eine Einzimmer-wohnung mit Garten und gemein-schaftlichem Bad. Preis 22 Mark. Arbeiter-Baugenossenschaft, Paradies-Bohndorf bei Grünau. 264/13

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Zweizimmerwohnung, Mechaniker stellen dauernd ein Schäfer u. Klaus, Berlin W. 8, Leipzigerstraße 19. *

Kordmacher auf Rohmöbel ver-langt Seefeld, Oranienstraße 108.

Tüchtige Rahmenmacher bei hohem Lohn verlangt Albert Spieße, Berlin, Alexanderstraße 25.

Steinmetz, Marmorarbeiter ver-langt Pries, Oranienstraße 30.

Schloßer auf Mikararbeit ver-langt Ed. Pütz, Tempelhof. 888

Verfahreninnen, tüchtige, für unsere Abteilung Bäcker und Leib-büchler sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 878

Fahrpersonal.
Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt. Meldungen mit Papieren im Kontor der Schultheiß-Brauerei A. G., Lichterfelder Str. 11/17

Bauschlosser
für dauernde Arbeit bei guten Löhnen gesucht.
König, Kücken & Co.,
Kolonnadenstr. 89—90.

Auswahlen nach aussenhalb gegen An-zahlung, Umtausch gestattet. Sonntag 8—10 geöffnet. Für starke Figuren Passades in allen Abteilungen.

Wer sparen will, entschließe sich sehr schnell!

Gummimäntel, seidenartige Stoffe, prachtv. Farb. blau grün, roseda, einz. Muster, darunter **Prachtstücke** (regulr. Preis teilweise das Doppelte) 18,— 27,—

Tuchmäntel, elegante Ausführungen, lang. Kolonne, Seide, Bienenform dar-unter feinste Modelle, zum Einkaufspreis von 28,—

Seidenmäntel, wasserdicht, blau, silbergrün, gold-gelb, grün, darunter hochaparte **Originalmodelle** (regulr. Preis teilweise das Dreifache) 25,—

Kostüme entlockende Formen, in blau, grün, rot, top, roseda, lange u. halblange Jacken mit weiten Glockenröcken, aus Kammgarn, samt, Seide, darunter nicht kopierte, kostbare Modelle, da sonst zum Teil das Dreifache kosten, z. Einzelpreis von Einzelnern, aber gedieg. Kostüme, mit zum Teil fast hoh. Preis, zusammengestellt für 25,—

Wasserdichte Loden- und Staubmäntel, darunter einzelne Modelle, für 15,—

Modellrücke, schwarz und farbig, 15,—

Lodenpelerinen, 130 lang, 19,—

Winter- sorgfältig gearbeitet, Stoffe aus ersten Fabriken Deutschlands, weich **18,—, 27,—, 39,—** Winter, u. mollig, darunter teure Modelle, (regulr. dopp. u. fast teurer), zu 18,—

Pelzmäntel, lang u. halblang, 70,—, 106,—, | Seidenplüsch, Astrachan, Krimmer, Wollplüschmäntel, einzelne kurze Pelz- u. Plüschjacken für 55,—. | darunter prachtvolle Stücke, zum Ansehen 45,— lang und halblang, **Ferriener, Seabissam, Electric, wunderbare Felle** 1000,—, 600,—, 350,—, 175,—, die sonst zum Teil das Dreifache kosten, für **Konfirmationskleider**

Traumgarn **1000,—, 600,—, 350,—, 175,—.** **Konfirmationskleider** **1000,—, 600,—, 350,—, 175,—.** **Außerst niedrige Preise, Auswahlen-Angebot auf Anruf: Ztr. 7893. Größte Auswahl zu sehr billigen Preisen.**

Westmann
I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden). II. Große Frankfurter Str. 116 (nahe Adressstr.).

Zimmerpolier
mit 4 Zimmerleuten nach Ostpreußen für Akkord und Lohnarbeit sofort gesucht. Telephonische Auskunft Pfalz-burg 1713. Schriftliche Angebote an

H. Dornblüth, Architekt,
Friedrichshof, Kreis Ortelburg.

Baumhäuser
für dauernde Arbeit bei guten Löhnen gesucht.
König, Kücken & Co.,
Kolonnadenstr. 89—90.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Diepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer & Co., Berlin SW.